



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1906

284 (22.6.1906) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-420856](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-420856)

General-Anzeiger



(Badische Volkszeitung.) der Stadt Mannheim und Umgebung. (Mannheimer Volksblatt.)

Unabhängige Tageszeitung.

Erscheint wöchentlich zwölf Mal.

E 6, 2. Geklebst und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung. E 6, 2.

Schluss der Inseraten-Aannahme für das Morgenblatt Morgens 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Eigene Redaktions-Bureaus:

Berlin: Dr. Paul Harm, W. 50, Bürgenstraße 15. Telefon: Berlin-Charlottenburg Nr. 3987.

Karlsruhe: Georg Christmann, Helmholzstraße 13. Telefon: Nr. 1907.

Abonnement:
70 Pfennig monatlich,
Tringelohn 25 Pf. monatlich,
durch die Post bez. incl. Post-
zuschlag M. 2.45 pro Quartal.
Einzel-Nummer 5 Pf.

Inserate:
Die Colonat-Zelle . . . 20 Pf.
Answärtige Inserate . . . 25
Die Reklame-Zelle . . . 50

Telegramm-Adresse:
„Journal Mannheim“.

Telefon-Nummern:
Direktion u. Buchhaltung 1449
Druckerei-Bureau (Ein-
nahmen, Druckarbeiten) 341
Redaktion 377
Expedition 218

Nr. 284.

Freitag, 22. Juni 1906.

(Abendblatt.)

Die russische Sphinx.

(Von unserem Berliner Bureau.)

Hs. Berlin, 21. Juni.

Es ist nicht leicht, sich von dem Zustande, den sechs Wochen Konstitutionalismus in Rußland geschaffen haben, ein klares Bild zu machen; hauptsächlich deshalb nicht leicht, weil eben dieser Zustand selbst höchst verworren ist. Wenn man die täglichen Nachrichten über Bombenanschläge, Meutereien und Judenverfolgungen liest, so sollte man meinen, ganz Rußland stünde in hellen Flammen. Man vergißt dabei aber im ersten Augenblicke meist die riesige Ausdehnung des Reiches, in dem es schon an vielen einzelnen Punkten brennen kann, ohne daß die Flammen gleich über dem Ganzen zusammenschlagen. Der Ausruf, der bald hier bald dort sein Haupt erhebt, deutet auf revolutionäre Stimmungen, aber er ist noch nicht die Revolution. Was da werden will, ist darum schwer zu sagen; nur wird man darauf rechnen dürfen, daß die Dinge sich nicht mit der Schnelligkeit entwickeln werden, die dem, in einem dichten Netz von Eisenbahnen und Telegraphen lebenden Westeuropäer naturgemäß erscheint.

Das charakteristische Zeichen der gegenwärtigen Lage ist wohl die abwartende Unthätigkeit, womit die Regierung der Duma gegenübersteht. Die Duma ist ungemein geschäftig, will von Sommerferien nichts hören, läßt morgens die Agrarfrage und erledigt nachmittags die laufenden Geschäfte; die Regierung — läßt die Duma schalten und walten, und regiert demüth das Land unbekümmert nach den überlieferten Rezepten bürokratischer Misfälligkeit. Man mußte darauf gefaßt sein, daß sich ein solches Verhältnis herausbilden würde; man kann aber auch nicht verkennen, daß gerade hierin, in dem mangelnden Zusammenwirken von Regierung und Duma, der Keim zu schweren Verwicklungen der nächsten Zukunft liegt. Die Wähler der Reichstags haben sich in die neue Daseinsform des Verfassungsstaates nur dann leidlich glatt und ruhig eingelebt, wenn die Regierung die Führung in fester Faust behielt und sich der neuen Form doch unterwerfen und in ehrlicher Absicht, zur Förderung der Staatsgeschäfte bediente. In Frankreich, zur Zeit der großen Revolution, ließ die Regierung sich treiben, um widerwillig und schadenfroh in Unthätigkeit zurückzufallen, sobald sie nicht mehr getrieben wurde. Die Folge war eine allgemeine Anarchie, aus der heraus ein ebenso genialer wie brutaler Tyrann herrschte, der erst wieder zum Leben und Arbeiten unter geordneten Staatsformen — dressieren mußte. (Doch es sich hier um Dreyfus und nicht um Grigierung handelte, hat das nachfolgende Jahrhundert gezeigt.) Auch in Preußen vollzog sich der Uebergang zum Konstitutionalismus, im Sturzjahre 1848, unter anarchischen Formen. Aber das war doch nur eine vorübergehende Erschütterung; wenn man von der Regierung Friedrich Wilhelm IV. noch mehr als eine Parallele zu der Ludwigs XVI. ziehen kann — König Wilhelm war ein ganzer Mann, der nicht nur die Fäden in der Hand behielt, sondern die Pferde auch lenken wollte. Und als das Deutsche Reich als Verfassungsstaat neu entstand, da hielt ein überragendes, staatsmännisches Genie die starke Hand über dem Ganzen und verhielt die Entgleisungen; mitunter vielleicht auf Kosten einer frischen, frohen

Entwicklung. Aber — er hielt die Entwicklung doch in sichern Bahnen! Wohl das merkwürdigste Beispiel des Uebergangs von Absolutismus zum Konstitutionalismus hat Japan gegeben. Das vollzog sich ungefähr so, wie wenn ein großes Werk von Dampftrieb zum elektrischen Betrieb übergeht, nicht ohne Schwierigkeiten, aber doch planmäßig, sobald die Regierung die Fäden nicht einem Augenblicke aus der Hand verlor.

Sogut wird es Rußland nicht haben, daß es jetzt schon deutlich zu erkennen. Die Regierung will mit der Volkvertretung, die sie notgedrungen ins Leben rief, nicht arbeiten, oder sie kann mit ihr nicht arbeiten. Wahrscheinlich arbeiten hier, wie so oft, Unfähigkeit und böser Wille einander Hand in Hand. Goremykins Aufreten bei seiner programmatischen Erklärung, machte mehr den Eindruck der Unfähigkeit; das Auftreten des Schilken des Kriegsministers, als er die Abschaffung der Todesstrafe ablehnte, mehr den Eindruck des bösen Willens. Jedenfalls ist dies nicht der Weg, den Konstitutionalismus in kürzester Frist lebensfähig zu machen. Regierung und Duma liegen gegen einander auf der Lauer, wie zwei Feinde, von denen jeder nur auf den günstigsten Augenblick zum Angriff wartet. Jeder Tag, den dies Verhältnis länger andauert, erschwert die Rückkehr zu gemeinsamer Arbeit, die doch das Endziel sein und bleiben muß! Es fragt sich also für den Zwischenakt nur, ob die Regierung zunächst der Duma, oder ob die Duma der Regierung über'n Kopf wachsen wird; ob also zunächst die Reaktion und dann die Anarchie, oder ob zuerst die Anarchie und dann die Reaktion einsehen wird. Beides ist möglich, und zur Zeit ist kaum mit Sicherheit zu erkennen, welchen Weg die Entwicklung einschlagen wird. Nur daß kein überlegenes Führertalent vorhanden ist, das die wilden Kräfte bündigt und zu gemeinsamer Arbeit vor den Staatskarrn zwingt, das sieht man von Tag zu Tage deutlicher.

Auch in der Duma scheint sich eine Verschiebung der Kräfte vorzubereiten. Die Radikalen führen die Herrschaft nicht mehr unbedingt, die liberale Linke tritt selbständiger hervor; die Grundbesitzer verlieren an Einfluß, der „Berg“ macht sich bemerkbar. Das ist die natürliche Folge der Passivität der Regierung. Die Radikalen können sich an führender Stelle nur behaupten, wenn sie Erfolge aufweisen können, und um Erfolge zu erzielen, bedürfen sie der Mitwirkung der Regierung. Denn die verfügt noch über die Machtmittel des Staates, ohne die Reformen nicht durchzuführen sind. Da ein erfolgreiches Arbeiten der Duma ausgeschlossen ist, solange die Regierung im Schmelzwinkel festhält, bekommt der Radikalismus innerhalb der Duma freies Spiel. Die Arbeiterpartei hat einen Aufruf ins Land gehen lassen, der die vorsichtige, planmäßige und zielichere Vorbereitung der Revolution empfiehlt. Die Volksfrage kann nur dann siegen, wenn sich das ganze Volk entschlossen in den Kampf einreißt, der in der Duma begonnen hat; so heißt es in diesem Aufruf. Die Duma müßte dahin gelangen, als „konstituierende Versammlung“ alle Regierungsgewalt in die Hände zu bekommen. Darüber müßten die Arbeiter aufgestellt, zu dem Zwecke müßten sie organisiert werden. „Vereinzelte“ Zusammenstöße mit der Macht seien dabei zu vermeiden. Das heißt doch nur: man solle Geduld haben, bis alles für die allgemeine Erhebung im ganzen Lande reif sei.

Die Regierung hat so Unrecht nicht, wenn sie das als „hochverrätherische Umtriebe“ ansieht. Aber sie selbst hat diesen Umtrieben den Boden bereitet, indem sie erst die Duma ins Leben rief und sie dann zur Unfruchtbarkeit verurteilte. Wenn sie auf diesem Wege fortfährt, wird sie auch in den Bauern eine revolutionäre Stimmung großziehen und dann — könnte es allerdings ernst werden mit der Revolution, die die Arbeiter allein schwerlich entfachen können.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 22. Juni 1906.

Das rote Kreuz in Firmen- und Warenzeichen.

Mit dem 1. Juli 1906 endigt die Uebergangszeit, die das Gesetz vom 22. März 1902 zum Schutze des Genfer Neutralitätszeichens für Firmen- und Warenzeichen gewährt, die schon vor dem 1. Juli 1901 in Gebrauch waren. Bis zum 1. Juli d. J. dürfen sowohl Firmen- als auch Warenzeichen, in denen das rote Kreuz schon vor dem 1. Juli 1901 vorkam, unbenutzt fortgeführt werden, von diesem Tage an ist es nicht mehr gestattet, und ein Gewerbetreibender, der dieser Bestimmung entgegenhandelt, hat die Bestrafung nach Maßgabe der Bestimmungen des genannten Gesetzes zu gewärtigen. Außerdem aber sind die Gewerbetreibenden der Gefahr ausgesetzt, daß die fortan dem Gesetze nicht entsprechenden Firmenbezeichnungen und Warenzeichen von Amtswegen gelöscht werden. Es ist zwar in der Literatur unter Berufung auf eine Aeußerung in den Notizen zu dem Neutralitätsgesetz behauptet worden, daß eine Löschung von Amtswegen nicht beabsichtigt sei, allein dies beruht auf einem Mißverständnis der betreffenden Erklärung. Da das Neutralitätsgesetz ein im öffentlichen Interesse erlassenes Gesetz ist, so bildet jede Firma, worin dem gesetzlichen Verbot zuwider das Neutralitätszeichen vorkommt, eine unzulässige Firma, die von dem Registerrichter von Amtswegen zu löschen ist. Nicht anders verhält es sich aber mit Warenzeichen, die das verbotene Neutralitätszeichen führen; auch diese können in der Zeichentafel des Patentamts von Amtswegen gelöscht werden, und richtiger Ansicht nach müssen sie sogar gelöscht werden, da es einen unzulässigen Widerspruch bedeuten würde, ein Warenzeichen in der Zeichentafel fortzubehalten zu lassen, dessen Inhaber wegen seines Gebrauchs bestraft wird. Es wäre im Interesse der betreffenden Firmen- und Warenzeichenbesitzer wünschenswert, wenn sie noch vor dem 1. Juli die gebotenen Veränderungen vornehmen wollten.

Zu den angeblichen Meutereien in Südwestafrika

Schreibt man der „Köln. Volksztg.“: Aus einem Soldatenbriefe aus Südwestafrika dürften einige Sätze die richtige Ansicht werfen auf das bedauerliche Schweigen, in das sich die „Köln. Volksztg.“ noch immer in bezug auf die „Vorwärts“-Veröffentlichungen hüllt. Es heißt in dem Briefe: „In voriger Woche (der Brief ist geschrieben Windhuk, den 13. Mai 1906) sind wieder drei zum Tode verurteilt worden. An den beiden von meiner Kolonne wird das Urteil bald vollstreckt werden.“ Weshalb die Leute zum Tode verurteilt wurden, schreibt der Soldat leider nicht, auch spricht er nicht von Meutereien unter den Soldaten. Es mag sich ja wohl um ein schweres Verbrechen handeln.

Tagesneuigkeiten.

— Ein japanischer Empedokles. Von dem griechischen Philosophen Empedokles wird berichtet, daß er in dem Wunsche nach einer mystischen Vermählung mit dem All sich in den Schlund des Aetna gestürzt habe. Eine ähnliche Tat hat ein junger japanischer Edelmann Yamada Akihiro vollbracht; er beging Selbstmord, indem er sich in den Krater des Aso-Bullans stürzte. Kurzlich ließ er einen merkwürdigen Brief, der am Rande des Abgrunds in seinem Notizbuch aufgefunden wurde. Er schrieb: Der stärkste Wille ist der, der sich ruhig dem Tode überliefert, der die Menschen fast schon schauern macht, wenn sie nur davon hören. Die meisten Leute sind Feiglinge, die aus Angst nicht sterben können, mühen auch ihre Verhältnisse noch so verwirrt sein. Die Gesellschaft ist nur ein Schlachtfeld von Sorgen und Leiden, und ihr ganzes Leben hindurch sind die Menschen gleich hungrigen Dämonen, genährt von marterndem Zweifel. Ach, wie gering und kümmerlich ist doch ein Menschenleben! Die hohen Bergspitzen ragen in den Himmel, der weite Ozean breitet seine unendliche Bläue aus, aber das Menschenleben ist wie der Tau des Morgens, wie das Aufzucken des Blickes. Es wächst nur auf, um zu vergehen, es blüht empor, um zu welken. Alles Irdische ist in Dunkelheit verwickelt, und niemand weiß, wonach er blicken soll. Gnade und Güte sind wie die jäh verfliegenden Gefühle eines Traums. Warum soll man sich mit nutzlosen peinlichen Gedanken mühen? Warum soll der Mensch weiter wandern in den Abgründen der beschwundenen Sünde? Ist es nicht die gesegnetste Beendigung des menschlichen Lebens, einzugehen in das Innere der Erde und zu ruhen am Busen der reinen Natur, für immer zu verlassen den Staub des Daseins? Da ich so denke, gebe ich in den Schlund des Aso-Kraters.“

— Toiletten und Hunde. Die neueste amerikanische Mode schreibt vor, daß der Lieblingshund mit dem die Modedame in

Gesellschaft geht, mit dem Stil und der Garnierung ihres Kleides harmoniere. Es gehört zu einem Kleid mit vielen Hülsen und Spitzen ein wolliger, langhaariger Hund, der auch in den Farben mit den Haupttönen des Kleides zusammenstimmen muß. In den schlanken strengen Linien des Prinzessleibes paßt ein schmaler, eleganter Windhund oder ein glatter wogender Foxterrier. Die Hühner einer weiten Gesellschaftschlepppe nimmt der buschige, breite Schwanz eines schottischen Schäferhundes auf; und so ist für die amerikanischen Damen eine neue schwierige Toilettenfrage geöffnet.

— Ein Sühnedenkmal aus dem Niedergang des römischen Kaiserreiches. Ein interessantes Monument ist, wie aus Rom berichtet wird, in der Nähe des Fiedes Rosterotondo auf dem Landgut des Herzogs Mario Craxioli entdeckt worden. Es ist ein großartig konstruirtes Portal, ein Brunnen, der zum Gedächtnis eines Schandflecks der römischen Geschichte, an der Stelle, wo die Nömer am 19. Juli 987 am Aila-Flusse von den Galliern eine schmachvolle Niederlage erlitten, errichtet wurde, zur Sühne gleichsam, um den drohenden Jörn der Götter abzuwenden. Bis in die letzte Zeit des Kaiserreiches erschien dieser Tag im römischen Kalender als Unglückstag. Nach den Untersuchungen des Professors Angelo Posani, der die Ausgrabungsstätte im Auftrag der italienischen Regierung besuchte, ist die Identifikation der ausgedehnten Teile des Brunnens mit diesem historisch äußerst interessanten Sühnedenkmal aus der Zeit der Agone des römischen Kaiserreiches sicher erwiesen. Der Brunnen besteht aus einer großen runden Auffassung, die sich hoch über den Fußboden erhob, 94 Meter im Durchmesser hatte und über vier Meter hoch war. Sie war mit großen Trabersteinen bedeckt. In der Mitte war der Brunnen offen. Im Innern befand sich ein Netz von Feldsteinmauern, die ein starkes Polygon bildeten, um dem Druck des Erdrucks gegen die Traversteinbedeckung entgegenzuwirken.

Beiträge zur Frauenfrage.

Auskunftsstelle über Frauenberufe.

Sprechstunden: Mittwochs von 10-11 Uhr im Hause L 12, 13, zweiter Stod.

Zuziehung von Frauen in einzelne Kommissionen der Gemeindeverwaltung.

Der Zweiten badischen Kammer ist folgende Eingabe übermittelt worden:
Die ergebnis Unterzeichneten beehren sich hoher Zweiter Kammer die folgenden Ausführungen mit der Bitte um Berücksichtigung zu unterbreiten:

Seitens der Groß. Regierung ist der Zweiten Kammer ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, der in Artikel 2 § 1 und 2 die Zuziehung von Frauen in einzelne Kommissionen der Gemeindeverwaltung in Aussicht nimmt.

Wir empfinden es dankbar als eine Anerkennung weiblicher Tätigkeit, daß der vielseitigen und intensiven Mitarbeit der Frau auf einzelnen Gebieten des Gemeinlebens nunmehr eine gesetzliche Grundlage gegeben werden soll, und wir begrüßen daher prinzipiell den Entwurf freudig. Es erscheint uns jedoch bedenklich, daß er dieser Mitarbeit von vornherein allzu enge Grenzen ziehen will, und wir erlauben uns daher, um Erweiterung dieser Grenzen zu bitten.

Der Gesetzentwurf nimmt in Aussicht, daß den Kommissionen a) für das Armenwesen, b) für Unterricht und Erziehungsangelegenheiten, soweit dabei Mädchen in Betracht kommen, c) für das öffentliche Gesundheitswesen, soweit dabei Frauen und Kinder in Betracht kommen, eine oder zwei Frauen mit Sitz und Stimme angehören sollen oder können.

In der Festlegung der Zahl und Art der Kommissionen, zu denen Frauen überhaupt zugezogen werden können, erblicken wir die erste der uns bedenklich erscheinenden Beschränkungen. Es er-

Die solche Beurteilung scheint indes nicht „bereinigt“ dazustellen, wie das Wörtchen „wieder“ anzudeuten scheint. Der Bericht der Neuen milit.-pol. Korresp. dürfte sich doch etwas euphemistisch ausdrücken. Die Leute in der afrikanischen Schutztruppe haben meistens ihre Dienstzeit, für die sie sich gemeldet haben, vollendet, und möchten nun wieder in ihre Heimat, aber immer wieder werden sie noch zurückgehalten. Als Norenga gefangen wurde, schien ihre Hoffnung in naher Erfüllung zu sein. So schreibt auch der betreffende Soldat: „Hoffentlich wird nun bald Demobilisierung. Dann kommen wir auch bald nach Haus.“ Es ließe sich darum ganz leicht erklären, wenn hier und da Unzufriedenheit bei den Leuten herrschte — (wobon der Soldat allerdings nichts schreibt) und es auch schon zu Gewalttätigkeiten kommt. Genaue Informationen wären jedenfalls am Platze.

Nach der „Weserzg.“ werden augenblicklich von der Kolonialabteilung Erhebungen darüber gemacht, inwieweit Insubordinationen in Südwestafrika vorgekommen sind. Das bisherige Resultat hat ergeben, daß es sich lediglich um leichtere Fälle handelt. Die Kolonialabteilung ist aber entschlossen, die Untersuchungen bis zu Ende durchzuführen, um ein vollständiges Bild über den Umfang der angeblichen Meutereien zu erhalten.

Die Besetzung der Alandinseln.

Kürzlich ist gemeldet worden, daß russische Truppen nach den Alandinseln verlegt worden sind. Diese Maßnahme ist zur Verhütung von Einschmuggelung von Waffen, namentlich von Militärgewehren auf dem Wege über Finnland nach Rußland getroffen worden. In Bomarsund, einer ehemaligen russischen Festung, die im Kriege Frankreichs und Englands gegen Rußland 1854 erobert und zerstört wurde und gemäß dem Pariser Frieden nicht mehr errichtet werden darf, befinden sich gegenwärtig 400 Mann, und weitere 600 Mann russischer Truppen folgen in kurzem nach. Gleichzeitig erscheint dann eine kleine Flottille, die in Verbindung mit den Kriegsfahrzeugen, die sich schon in den finnischen Gewässern befinden, den Wachenposten ausüben und das Einschmuggeln von Waffen in Finnland verhindern soll. Doch es sich dabei um eine nicht vorübergehende Militärstation handelt, beweist der Umstand, daß die Einwohnerzahl der Insel Brändö diese Insel bis zum 1. Januar nächsten Jahres räumen muß; ihre Besetzungen einschließlich des Ackerlandes übernimmt Rußland, das den Leuten eine Wohnung zahlt. Für Beobachtungszwecke eignen sich die Alandinseln bei ihrer Lage mitten zwischen Finnland und Schweden besonders gut. An ihnen geht der Schiffsverkehr zwischen beiden Ländern vorbei. Den Anlaß zu der militärischen Veranstaltung hat wohl hauptsächlich die Erwägung gegeben, daß bei einer ungünstigen Wendung der Dinge in Rußland auch in Finnland Unruhen zu gewärtigen sind. Denn dort herrscht unter der Sozialdemokratie auch noch nach der Durchführung der Landtagsreform eine tiefgehende Unzufriedenheit, und Rußland will nun wenigstens den unruhigen Elementen die Möglichkeit nehmen, sich mit Waffen zu versorgen.

Deutsches Reich.

* Berlin, 21. Jun. (Für die Reichstags- ersatzwahl in Rinteln-Hofgeismar) ist seitens der Nationalliberalen der Synodus der Handelskammer zu Hannover, Herr Kocke, als Kandidat aufgestellt.

— (Für die Reichstagsersatzwahl in Altona-Nferloh) hat die Vertrauensmänner-Versammlung des Bundes der Landwirte dem „Westf. Anz.“ zufolge beschlossen, den Bundesmitgliedern die Wahl für den Kandidaten der Nationalliberalen, des Zentrums oder der christlich-sozialen Partei freizustellen. Unter keinen Umständen aber dürfe eine Unterstützung der Sozialdemokraten vorkommen.

— (Unterhandlungen über ein Postabkommen) schweben nach einem offiziellen Berliner Telegramm der Münchener „Allg. Ztg.“ zwischen der deutschen Reichsregierung und Holland.

— (Die Betriebsergebnisse der preussischen Eisenbahngemeinschaft) beliefen sich im Monat Mai auf insgesamt 148 682 000 Mt., das sind mehr gegen den gleichen Monat des Vorjahres 13 657 000 Mt. oder auf einen Kilometer 4315 Mt. (+ 327 Mt.)

— (Gleichzeitig mit der Nordlandfahrt des Kaisers) wird auch die deutsche aktive Schiffsflotte nordwestliche Häfen besuchen. Die Kaiserflotte, Hamburg, Leipzig, Stettin, soll schon am 4. Juli Roperbit nördlich von Stedanger anlaufen. Von dort aus ist Drontheim in etwa vier Tagen bequem zu erreichen. Als nächster Anlaufhafen wird Tromsø angegeben. Die aktive Schiffsflotte geht, einer vieler Meldung der „Allg. Ztg.“ zufolge, Mitte Juli gleichfalls nach den nordischen Gewässern und

scheint unwahrscheinlich, daß Frauen nicht allen Kommissionen angehören sollen, in denen ihre Wirksamkeit von Erfolg sein kann. Wir erklären uns hier nur hinsichtlich auf die Kommissionen für Krankenbesuche, für Wohnungsunterstützung, für Stiftungen und für Arbeitsnachweis, in welcher letzterer z. B. in Mannheim Frauen bereits mitarbeiten; die Zahl der in Betracht kommenden Kommissionen wird sich sicherlich allmählich noch vermehren, je nach der Arbeitsteilung der betreffenden Gemeinden oder Städte.

Zweitens richten sich unsere Bedenken gegen die vom Gesehentwurf in Aussicht genommene Bestimmung, daß Frauen in den Schul- oder Gesundheitskommissionen nur insoweit mitwirken sollen, als Mädchen bzw. Frauen und Kinder dabei in Betracht kommen.

Wir sind überzeugt, daß ein Mitberaten der Frauen, auch bei Beschlüssen, welche Knaben bzw. Familien betreffen, keineswegs schaden, sondern daß die weibliche Auffassung und der tiefere Einblick der Frauen in die häuslichen Verhältnisse auch in diesen Fällen der Kommissionarbeit nur zum Vorteil gereichen wird. Wir erlauben uns, darauf hinzuweisen, daß den als Armenpflegerinnen angestellten Frauen in Mannheim schon seit dem Jahr 1900 beschließende Stimme in den Sitzungen ihrer Armenbesuche verliehen wurde, und daß sich hieraus keinerlei Unzuträglichkeiten ergeben haben, obgleich doch auch in diesem Falle die Frauen über sämtliche den Bezirken vorgelegten Fragen mitberaten haben. Auch aus praktischen Gründen halten wir die diesbezügliche Fassung des Entwurfs nicht für zweckmäßig. Es dürfte doch z. B. kaum möglich sein, die Kommission beschließenden Fragen resp. Fälle nach dem Geschlecht der Beteiligten, denen ihre Arbeit gilt, zu scheiden und die Frauen zu veranlassen, die Sitzung zu verlassen, sobald die das weibliche Geschlecht betreffenden Fälle erledigt sind. Ebenso wäre es doch wünschenswert, daß Frauen in Schulkommissionen nicht nur

besucht mehrere nordwestliche Häfen zur Kohlenergänzung. Die Uebungsfahrt wird Mitte August beendet sein. Dennoch werden die Kaiserflotte und die heimische Kampfflotte gleichzeitig die nordwestlichen Gewässer befahren.

Ausland.

* Oesterreich-Ungarn. (In der gestrigen Vollziehung der österröichischen Delegation) wurde von fast allen Rednern die Dreieinigkeit Soluchowstis gebilligt, aber allseitig überaus pessimistische Anschauungen über das Verhältnis zu Ungarn und die Schwäche der Krone ausgedrückt, namentlich von Alexialen und den Christlich-Sozialen, die jede Gelegenheit zu Angriffen auf die Krone ergreifen. Das konservative Herrenhausmitglied Baron Wallerstein, der diesmal das Vizepräsidentat nicht übernehmen wollte, beklagte die Zertrümmerung. Eine gemeinsame Krone sei unmöglich, wenn die wirtschaftliche und diplomatische Gemeinsamkeit aufhöre. Mehrfach wurde Graf Soluchowstis gefragt, ob er sich noch für einen gemeinsamen Minister halte, nachdem der ungarische Minister dies bestritten habe.

* Großbritannien. (Das englische Kanalgeschwader) wird nach einer offiziellen Mitteilung an den Senat die Stadt Lübeck besuchen. Dem „Lok.-Anz.“ zufolge wird es sich auf seiner Uebungsfahrt in der Ostsee Mitte August mehrere Tage in der Lübecker Bucht vor Travemünde aufhalten. Die Zahl der Schiffe einschließlich der Transportschiffe wird etwa 100 betragen.

* Spanien. (Der Zustand des Herzogs von Almodovar) der die Konferenz von Algiciras leitete, hat sich neuerdings verschlimmert. Der Herzog erhielt, wie der „Lok.-Anz.“ berichtet, bereits die letzte Besung.

Badische Politik.

* Karlsruhe, 22. Juni. (Von unserem Karlsruhe Bureau.) Da es bei der Beschäftigung der zweiten Kammer ausgeschossen ist, daß das Budget bis zum 30. Juni fertiggestellt wird, so macht sich eine nachmalige Verlängerung des Steuerprovisoriums nötig. Bisher hat sich das Provisorium noch niemals über den 1. Juli hinaus erstreckt.

* Freiburg i. B., 21. Juni. (Zur Fahrkartensteuer.) Das städtische „Tagblatt“ erhält eine Zuschrift, worin ausgesprochen war, es dürfe für die breitere Öffentlichkeit von Interesse sein, wenn von maßgebender Seite Aufklärung über folgende Punkte gegeben werden könnte: „Mit dem 1. August v. J. tritt die Fahrkartensteuer in Kraft und es wäre interessant, zu hören, ob die bis einschließl. 31. Juli gelassen Kilometerhefte, Rundreisehefte usw. von dieser Steuer befreit sind; als selbstverständlich wird angenommen, daß die bis Ende Juli zur Ausgabe gelangenden badischen Kilometerhefte ein volles Jahr und ohne jede Einschränkung ihre Gültigkeit behalten. Im Interesse des reisenden Publikums wäre eine Aussprache in der Angelegenheit von zureichender Seite erwünscht.“ Auf eine bezügliche Anfrage bei der hiesigen Bahnspektion wurde die Auskunft erteilt, daß über die Besteuerung oder Nichtbesteuerung unserer Kilometerhefte, Rundreisekarten, Vadekarten usw. bis jetzt noch keine oberbehördliche Entscheidung getroffen ist, sondern in allen aus Karlsruhe einlaufenden, die Fahrkartensteuer betreffenden Schriftstücken darauf aufmerksam gemacht wird, der endgültige entscheidende Entschluß sei erst noch zu erwarten. Es sollen u. „Straß. Post“ die Verhandlungen zwischen Karlsruhe und Berlin in dieser Sache dem Vernehmen nach ziemlich schwieriger Natur und noch nicht zum Abschluß gelangt sein.

Wälzische Politik.

* Kaiserslautern, 21. Juni. (Die jungliberalen Vereine der Pfalz) veranstalteten am nächsten Sonntag, 24. Juni, nachmittags einen gemeinsamen Familienausflug nach dem Wismardortum auf dem Peterkopf bei Dürkheim. Bei dieser Gelegenheit wird auch dem großen Einiger, dessen Namen jenes Denkmal trägt, ein dankbares Gedächtnis gebracht werden.

Badischer Landtag.

1. Kammer. — 20. Sitzung. (Von unserem Karlsruhe Bureau.)

* Karlsruhe, 22. Juni.

Präsident Prinz Karl eröffnet 9 Uhr 40 Min. die Sitzung. Am Regierungstisch Staatsminister von Dusch und Regierungskommissare.

Freiherr v. Borowke verliest die neuen Eingaben. Auf der Tagesordnung stehen zunächst

Petitionen.

als Vertreterinnen ihres Geschlechts, sondern auch als Mütter von Töchtern und Söhnen gehört würden.

Drittens richtet sich unser Bedenken gegen die im Entwurf in Aussicht genommene Zahl von „einer oder zwei“ Frauen für die in Betracht kommenden Kommissionen. Da ja ohnehin der Gemeindebezirk, bezw. der Stadtrat die Kommissionen ernannt, ist ein Überwiegen des weiblichen Elements gemäß nicht zu befürchten, und es könnte doch der Fall eintreten, daß es allgemein als bedauerlich empfunden würde, wenn Frauen, die sich auf den in Betracht kommenden Gebieten als hervorragend befähigt und gewiß erweisen hätten, von der Mitarbeit in den maßgebenden Kommissionen ausgeschlossen würden, nur weil zufällig die Höchstzahl von 2 Frauen bereits erreicht wäre.

Derner erlauben wir uns noch darauf hinzuweisen, daß die im Geseh vorgesehene Höchstzahl von zwei Frauen zwar in kleinen Gemeinden unter Umständen ausreichen könnte, dagegen in großen Städten durchaus keine genügende Mitarbeit der Frauen an den Aufgaben der Gemeindeverwaltung ermöglichen würde.

Wir beantragen deshalb: Es wolle in Artikel 2 des Gesehentwurfes 1. dem Absatz 3 des § 1 die folgende Fassung gegeben werden: Sämtliche Mitglieder dieser Kommissionen werden vom Gemeinderat ernannt. Jeder Kommission muß ein Mitglied des Gemeinderats als Vorsitzender angehören; im übrigen kann sie aus Mitgliedern des Gemeinderates, des Bürgerausschusses und aus anderen wahlberechtigten Bürgern und Einwohnerinnen zusammengesetzt werden. Es kann auch bestimmt werden, daß einzelnen Kommissionen Frauen mit Sitz und Stimme angehören sollen oder können. Die einer solchen Kommission angehörigen Frauen müssen im übrigen den nach § 12 Abs. 1 der Gemeindeordnung verlangten Erfordernissen entsprechen, mit der Maßgabe, daß bei

Geseh. Kommerzienrat Koelle erstattet den Bericht der Kommission für Eisenbahnen und Straßen über die Petition der Orte Tauberbischofsheim, Königheim u. a. „die Erbauung einer Eisenbahn von Tauberbischofsheim über Königheim nach Tauberbischofsheim betr.“ Am 21. April hat Freiherr von Marschall einen Gesehentwurf vorgelegt betr. Erbauung einer Nebenbahn von Walldürn nach Tauberbischofsheim; die vorliegende Petition bezweckt die Fortsetzung dieser Bahn über Königheim nach Tauberbischofsheim zu erreichen. Die Kommission hat das Projekt noch nicht für reif erklärt. Wären, sie beantragt deshalb die vorliegende Petition der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Die Petition unterfertigt Fürst zu Leiningen, Graf von Helldorf, Bürgermeister Weiß und Fürst zu Löwenstein.

Ministerialdirektor Schulz sagt die eingehende Prüfung der Wünsche der Petenten zu.

Der Antrag der Kommission findet einstimmig Annahme.

Geseh. Kommerzienrat Reich erstattet den Bericht der Petitionskommission über die Petition vieler Gemeinden der Amtsbezirke Mühlheim und Hirsch „die Einquartierungslasten betr.“ Die Kommission hat die Errichtung eines Truppenübungsplatzes für das 14. Armeekorps, sei es im Schwarzwald oder im Oberrhein, als das geeignetste Mittel für die Abstellung der fortwährenden Beschwerden erachtet. Die Kommission stellt den Antrag, den Wunsch auf Erhöhung der Vergütung für die Einquartierungslasten als durch die reichsgesetzliche Regelung dieser Frage für erledigt zu erklären, im übrigen die Petition der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Habridirektor Dewitz unterfertigt die Petition auf lebhafteste und bittet den letzten Teil der Petition der Regierung empfehlend zu überweisen.

Nach kurzen Bemerkungen des Freiherrn von Rüdiger und eines Regierungskommissars, welcher den Antrag der Kommission zur Annahme empfiehlt, wurde der Antrag Dewitz mit 14 gegen 13 Stimmen angenommen.

Geseh. Kommerzienrat Reich berichtet namens der Petitionskommission über die Petition höherer Postbeamten wegen deren Anstellungsverhältnisse. In der Petition wird behauptet, daß Verhinderungen bei Besetzung der Poststellen entsprechen nicht den bei Ueberleitung des badischen Postwesens auf das Reich zwischen der bad. Regierung und der Reichsregierung getroffenen Vereinbarungen, wonach den badischen Landesangehörigen vorzugsweise Berücksichtigung gesichert sei. Im zweiten Teile ihrer Eingabe versuchen die Petenten darzulegen, daß Baden, verlässlich mit dem außerbadischen Reichspostgebiet, zu spärlich mit Postämtern 1. Klasse bedacht sei. Die Kommission beantragt, die vorliegenden Eingaben der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Ministerialdirektor Kühn sprach namens der Regierung seine Zustimmung zu dem Antrage aus. Grund zur Klage sei für die Petenten nicht vorhanden. Die Regierung werde stets ihren Einfluß dahin geltend machen, daß die Vereinbarung in dem Geiste und Sinne, in welchem sie seinerzeit abgeschlossen wurde, gehandhabt wird.

Der Kommissionsantrag fand sodann Annahme.

Däten der Landtagsabgeordneten.

Geseh. Hofrat Dr. Rümelin erstattet den Bericht der Kommission für Justiz und Verwaltung über den Gesehentwurf betr. die Däten der Landtagsabgeordneten. Nach den Beschläffen der 2. Kammer soll den in Karlsruhe wohnenden Landtagsabgeordneten statt bisher M. 6 M. 9 Däten gewährt werden. Die Kommission gelangte zu dem Antrage, dem Gesehentwurf in der von der Zweiten Kammer genehmigten Fassung die Zustimmung zu erteilen.

Dieser Antrag wurde ohne Debatte einstimmig angenommen. Prälat D. Dehler erstattet alsdann den Bericht der Petitionskommission über die Petition der Abteilungen Baden-Baden, Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Mannheim und Pforzheim des Vereins „Frauenbildung-Frauenstudium“, die Entlassung der Mädchen nach dem 7. Schuljahr betr. Die Abteilungen eruchen, daß der Absatz 3 des § 2 des Badischen Schulgesetzes vom 18. Mai 1882 in Wegfall komme. Dieser Absatz lautet: „Mädchen müssen auf Verlangen ihrer Eltern oder der Stellvertreter derselben am Schluß des Schuljahres (von dann aus der Schule entlassen werden, wenn sie bis zum nächstfolgenden 31. Dezember einschließl. ihr 14. Lebensjahr vollenden werden.“ Die Kommission beantragt z. m. p. folgende Ueberweisung:

Freiherr von Stöpingen wendet sich mit Rücksicht auf ländliche Interessen gegen den Kommissionsantrag.

Nach kurzen Bemerkungen des Geseh. Hofrats Dr. Weggolt, Freiherrn von Goeler, Oberbürgermeister von Pforzheim, Fürst zu Löwenstein und einem Schlusswort des Berichterstatters wird der Kommissionsantrag gegen eine Minderheit des katholischen Abels angenommen.

Auf der Tagesordnung steht schließlich noch das Budget des Unterrichtswezens.

Unterrichtswezen.

Geseh. Hofrat Dr. Rümelin erstattet den Kommissionsbericht. In der Zweiten Kammer ist die Frage erörtert worden, ob die Leitung der Unterrichtsverwaltung nicht doch zu reorganisieren sei, daß der Oberbaurat aufgehoben und eine besondere Abteilung für das Unterrichtswesen im Ministerium eingerichtet, ja daß ein besonderes Unterrichtsministerium gebildet werden solle. Die Meinungen in der Kommission gingen in der Frage auseinander. Die Mehrheit neigte zu der Ansicht, daß auf Grund nunmehr vieljähriger Erfahrungen eine Reorganisation

derbeiraten Frauen die Abgabensahlung seitens des Ehemannes als Erfüllung des Erfordernisses gilt;

2. dem Absatz 2 des § 2 die folgende Fassung: Jeder Kommission muß ein Mitglied des Stadtrates als Vorsitzender angehören; im übrigen kann sie aus Mitgliedern des Stadtrats, Stadtratsabgeordneten und aus anderen Bürgern zusammengesetzt werden. Es kann ferner bestimmt werden, daß einzelnen Kommissionen Frauen mit Sitz und Stimme angehören sollen oder können. Die einer solchen Kommission angehörigen Frauen müssen im übrigen den nach § 12 Absatz 1 verlangten Erfordernissen entsprechen, mit der Maßgabe, daß bei verbeiraten Frauen die Abgabensahlung seitens des Ehemannes als Erfüllung des Erfordernisses gilt. Sämtliche Mitglieder werden vom Stadtrat ernannt.

Karlsruhe, den 15. Juni 1906. Abteilung Freiburg des Vereins Frauenbildung — Frauenstudium, Adelheid Steinmann, Vorsitzende. — Abteilung Mannheim des Vereins Frauenbildung — Frauenstudium, Julie Gallezmann, Vorsitzende. — Abteilung Baden-Baden des Vereins Frauenbildung — Frauenstudium, Agnes Koch, 2. Vorsitzende. — Abteilung Karlsruhe des Vereins Frauenbildung — Frauenstudium, Mathilde Wendt, Vorsitzende. — Abteilung Heidelberg des Vereins Frauenbildung — Frauenstudium, Marianne Weber, Vorsitzende. — Abteilung Pforzheim des Vereins Frauenbildung — Frauenstudium, Julie Weggolt, Vorsitzende. — Rechtsanwaltsstelle für Frauen, e. V., Karlsruhe, M. A. Reimann. — Rechtsanwaltsstelle für Frauen und Mädchen, e. V., Mannheim, Harry Buehringer. — Rechtsanwaltsstelle für Frauen in Freiburg, Auguste Fugnitz, Vorsitzende. — Rechtsanwaltsstelle für Frauen und Mädchen Heidelberg, Camilla Fellinet, Vors.

wenigstens dahin geboten erscheinen, den Oberlehrer als Mittelinstanz anzubeden und den Ministerium als Unterrichtsabteilung einzuordnen. Den Vorschlag einer solchen Reorganisation sollten finanzielle Bedenken umso weniger ins Gewicht fallen, als der Mehraufwand, hauptsächlich aus infolge der Ersparnisse, welche die vereinfachte Geschäftsabwicklung mit sich bringe, nicht so hoch zu veranschlagen sei. Die Minderheit der Kommission konnte nicht anerkennen, daß ein hinreichender Anlaß gegeben sei zu solch einer fundamentalen Reorganisation. Wenn das Volksschulwesen etwas hinter den Anforderungen an dieses zurückgeblieben sei, so wäre hieran nicht die Organisation der Unterrichtsverwaltung schuld; die dem Landtage vorgelegte Schulvorlage werde hier Abhilfe schaffen. Eines müsse freilich zugegeben werden, daß es nämlich recht wünschenswert sei, daß das sachmännliche Element an oberster Stelle ebenfalls vertreten sei; dem sollte bei erster Gelegenheit Rechnung getragen werden. Eine Resolution ist hier nicht beantragt. Der angeforderte zweite Ministerialdirektor ist von der Kommission genehmigt worden. Die Kommission hat sich auch besonders mit Errichtung einer nationalen laryngologischen Klinik in Heidelberg beschäftigt und sich dem Wunsch der 2. Kammer angeschlossen, im nächsten Budget die erforderlichen Mittel anzufordern. Dem hochverdienten Gelehrten, Forscher und Lehrer, Geheimrat Dr. Czerny, dessen Initiative und Opfertum das Institut seine Entstehung verdankt, hat die Kommission den herzlichsten Dank ausgesprochen. Die 2. Kammer hat im Einverständnis mit der Regierung von dem Juchow an die Stadt Heidelberg zur Vermeidung der Unzulänglichkeiten wegen der Verlegung des Zementwerkes von Heidelberg nach Zeimen in Höhe von M. 10 000 M. 4000 abgesetzt, nachdem ein Teil des Geländes des früheren Zementwerkes in Heidelberg verkauft ist. Die Kommission der 1. Kammer ist dem beigetreten. Die Budgetkommission der 2. Kammer hatte den Betrag von M. 600 zur Förderung des Theologiestudiums durch Stipendien gestrichen, das Plenum aber die Beschlußfassung ausgeschlossen. Die Kommission der 1. Kammer hat beschlossen, die Position bis nach Eintritt der Entscheidung der 2. Kammer zurückzustellen. Bezüglich der Position § 13 „Zur Vermeidung von Unzulänglichkeiten des Grundstücks der Universität und des städtischen Deposits für Universitätsbauten“ war die Kommission der Meinung, daß diese Position, da sie regelmäßig in jedem Budget erscheine, eigentlich in das Ordinarium gehöre. Nach dem Kommissionsbericht der 2. Kammer erklärte diese, sie habe von dieser auch nach ihrer Ansicht richtigen Platzierung im vorliegenden Budget nur deshalb Umgang genommen, weil sie eine allmähliche Erhöhung der ordentlichen Staatsdotierung der Universität vermeiden wollte. Die Kommission der 1. Kammer verheißt nicht, daß diese Beweismittel nicht gerade Überzeugend ist, wollte jedoch keinen Anstand erheben. Die Kommission der 1. Kammer hat die Meinung der 2. Kammer geäußert, daß es aus Gründen der dienstlichen Stellung und auch aus sonstigen Gründen wünschenswert erscheine, den Kreis der zu leistenden Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen, mit denen zugleich die Diensträume verbunden sind. Wenn es nach den Erklärungen der Regierung in der 2. Kammer mit Rücksicht auf die Finanzlage nicht möglich sei, die hierfür erforderlichen Mittel schon in den vorliegenden Etat aufzunehmen, so sieht die Kommission der 1. Kammer einer entsprechenden Anforderung im nächsten Etat umso gewisser entgegen. Die Budgetkommission stellt bei Antrag, die Positionen, soweit nicht beantragt ist, ihre Genehmigung abzugeben, zu genehmigen.

Staatsminister von Dusch: Die Regierung wird immer bestrebt sein, die Hochschulen des Landes auf der Höhe der Zeit zu erhalten. Bezüglich der Volkshochschulen will ich die Erklärung nur wiederholen, daß die Regierung, wenn ein Bedürfnis nach weiteren Lehrkursen besteht, dieses Bedürfnis durch Errichtung weiterer Lehrkursen befriedigen wird. Ein staatliches Lehrerseminar zu errichten, ist wohl dringend wünschenswert, allein dies ist wohl eine Aufgabe, die wir immerhin in Aussicht auf die bessere Finanzlage nach einiger Zeit werden zurückstellen müssen. Der Auffassung, daß die Regierung eine große Zahl nicht geeigneter Persönlichkeiten in den Lehrstand aufgenommen hat, möchte ich einfüßigen entgegenstellen. An der geringeren Disziplin in der Lehrerschaft fehlt es gleichfalls nicht. Die Regierung glaubt keinen Anlaß zu haben, das Studium der Mathematikprofessoren so zu regeln, daß die Studierenden mehr als 3 Semester an der technischen Hochschule zubringen. Es wird aber eine nachholende Prüfung der Frage eintreten. Bezüglich des Berechtigungsbeschlusses beschließt die Regierung keineswegs, irgendwelche Beschränkungen einzutreten zu lassen. Die Regierung würde sehr gern noch weitere Gymnasien errichten, allein die Finanzlage zwingt hier zu einem mindestens allmählichen Fortschreiten. Die Erhöhung des Schulgeldes an Gymnasien ist nach bei weitem nicht so groß, als in anderen Staaten; die Eltern sollen hier einen Beitrag leisten, der im Vergleich steht mit der Bedeutung der Mittelschulen.

Darauf wird die Sitzung geschlossen.
Schluß der Sitzung 11 Uhr. — Nächste Sitzung: Samstag vorm. halb 10 Uhr: Unterrichtswesen.

2. Kammer. — 104. Sitzung.

29. Juni.

Der Vizepräsident Rechner eröffnet 9 1/2 Uhr die Sitzung. Am Regierungssitz Minister v. Marschall und Regierungskommissare.
Eingegangen ist eine Petition des Heidelberger Schloßvereins, die Erhaltung des Otto-Feinrippens bett.
Die Eisenbahndebatte.

Abg. Obliker begründet einen von allen Parteien unterzeichneten Antrag auf Schluß der Debatte.
Abg. Vogel wendet sich gegen diesen Antrag, der eine Vergeßlichkeit bedeute. Im Interesse der Wichtigkeit der Materie und weil er als Vertreter der Stadt Mannheim noch manches vorzubringen habe.
Der Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen.
Abg. Kolb (Soz.) erhält das Schlusswort zu seinem Antrag auf Einführung des Zweipennigtarifs für die 8. Klasse Schnellzug. Die heutige Frage sei durchaus nicht eine recht technische, sondern eine solche von volkswirtschaftlicher und politischer Bedeutung. Die Nationalliberalen hätten in dieser Frage toder einmal verlost und haben sich in das Schicksal der Reaktion begeben. Ein Sturm der Entrüstung ginge durch das liberale Bürgerium, das gegen diese Reform sei. Die Nationalliberalen hoffen immer noch, die Alten anzulocken; deshalb habe man auch nicht so schroff sich gegen die Alten auf dem letzten Vertretertag ausgesprochen. Immerhin aber habe man festgestellt, daß die Nationalliberalen ihr Wahlprogramm in dieser Frage nicht eingehalten hätten. Festgestellt müsse nochmals werden, daß die Handelsvereinigungen in ihrer Abstimmung im Eisenbahntariff unangelegen seien. Gegen das System, nicht gegen die einzelnen Personen richtete er seine Angriffe. Den Bureaukratismus führe das falsche Zusammenfügen zweier Altersklassen mehr wie das Zusammenfügen zweier Altersklassen. Bei dem heutigen System komme die Volkswirtschaft nicht auf ihre Rechnung, immer wieder werde die fiskalische Seite in den Vordergrund gestellt. Auch heute noch wende er sich gegen die Berechnung der Verwaltung; das Wesentliche des Betriebskoeffizienten spreche ihn nicht, denn es komme immer darauf an, auf welcher Grundlinie derselbe aufgebaut. Die Regierung habe dargetan, daß Baden bei Nichtannahme der Reform in eine schwere Konjunktur gerate; so wo bleibe denn das bundesfreundliche Verhältnis zu Preußen? Dasselbe habe jetzt schon auf

dem Gebiete des Eisenbahnverkehrs ein ziemlich hohes erhalten. Preußen gebe in der Konjunktur rücksichtslos vor, daß er eigentlich nicht wisse, was Baden seine Vertreter im Bundesrat habe. Es sei Schuld unserer Regierung, wenn man immer mehr in ein Abhängigkeitsverhältnis zu Preußen komme. Baden sei mit seinem Kilometernetz an die Spitze aller deutschen Staaten getreten; Preußen habe mit seiner vierten Klasse pro Kilometer 12 1/2 Personen besetzt, Baden 14 1/2 Personen. Genau werde man jetzt mit dem Zweipennigtarif in Personenverkehr eine Steigerung des Verkehrs erfahren, aber der Anfall im Schnellzugverkehr werde noch wesentlich größer werden und dann werde man mit der Zeit zu der preussisch-preussischen Finanzgemeinschaft kommen und die Kosten werde der Mittelstand, Handel und Industrie tragen und in letzter Linie die Konsumenten. Preußen habe das größte Interesse an der Reform und an der Beseitigung des Kilometertarifs, denn jeder Reisende aus Preußen sei nach Benützung des Kilometertarifs als ein Gegner der preussischen Tarife in die Heimat zurückgekehrt. Was den Eisenbahntariff betreffe, so frage er, warum in demselben kein Arbeitervertreter sei. Nicht Baden hätte vor Preußen, sondern umgekehrt, Preußen hätte vor Baden kapitulieren müssen, denn würde man andere volkswirtschaftliche und finanzielle Vorteile erzielt haben. Die heutige Reform sei der letzte Schritt zur badisch-preussischen Finanzgemeinschaft. Die Nationalliberalen befänden sich heute in einer politischen Epikurie, die tief zu bedauern sei und die bei den nächsten Wahlen sich bitter rächen werde, denn welche Stellung die Sozialdemokratie einnehmen werde, das sei ungewiss zu erwarten. Mit dieser Reform werde Baden der schärfste Schlag verfehrt werden.

Abg. Wildens (natl.): Der Redner habe nur die Schattenseiten, aber nicht die Vorzüge der Reform hervorgehoben; der Redner habe aber Badens Nachteil auf dem Eisenbahngelände außerordentlich überschätzt. Er möchte es aber entschieden bestritten, daß die Einführung des Zweipennigtarifs eine reaktionäre Maßregel sei, diese habe vielmehr einen fortschrittlichen Charakter. Was die Haltung der Nationalliberalen betreffe, so gehe dieselbe dahin, der Reaktion die Entscheidung frei zu lassen; ebenso wolle er den Komplex zurück, als ob seine Partei gegen das Programm verstoßen habe. Er halte die Materie für erledigt und verweise auf seine gestrigen Ausführungen. Die Tarifreform werde die geeignete Grundlage für weitere erhebliche Verbesserungen bilden, wie dieselbe auch nach keiner Richtung geeignet sei, die Selbstständigkeit unserer Bahnen zu gefährden. Er bitte um Annahme der Anträge der Kommission. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Fröhlich (freis.) wendet sich in einer persönlichen Bemerkung gegen eine Anzahl Ausführungen verschiedener Redner.

Abg. Benedek nimmt mit Genehmigung des von der Regierung der Regierung in bezug auf die Herabsetzung der Tarife bei der Bodenschiffahrt.

Spezialberatung.

Abg. Birkenmayer befragt über die Benennung der Station Wehr mit Behr-Lobnitzer und bringt einige Sachplanmäßige Schöpfheim-Wehr-Erdingen vor.

Abg. Schind bringt Beschwerden vor über die Löhne der Arbeiter im Kehler Golen.

Abg. Vogel (Dem.): Mit Recht sei betont worden, daß man ein pflichttreues Beamtenum habe, doch mit einem Wohlwollen in Worten sei nicht viel gehalten. Die schrecklichen Mißstände auf dem Gebiete der Teuerungverhältnisse sollten doch abgestellt werden. Um eine genaue Untersuchung der Verhältnisse zu ermöglichen, möchte er die Anstellung eines Personalinspektors beschwören. Redner wendet sich im Eisenbahnbetrieb gegen die Verwendung von Damen im Schalterdienst.

Abg. Kopf gibt der Genehmigung Ausdruck über die bessere Ausgestaltung des Fahrplans auf der Hellenalbahnen; doch sollte der Abendzug von Freiburg etwas später gehen. Des weitern bitte er, an Wohlgehen für gegendliche Erleichterung zu sorgen, damit ein jeder seiner Bedürfnisse nachkommen könne. Bedauern müßte er auch, daß in Freiburg am Radmitten des Wahlzuges ein höherer Beamter zu seinen Untergebenen gelangt habe; jetzt geht zur Wahl; zum Jahr zu wählen hat, werdet Ihr wissen, ich wolle Kräfte!

Minister v. Marschall: Die Regierung habe eine Verfügung erlassen, daß nach jeder Richtung dafür zu sorgen ist, daß der Beamte wie der Angestellte sein Wahlrecht ausüben könne. Was die Ausweisung des Beamten in Freiburg betreffe, so habe die Generaldirektion denselben ihr ernstes Mißfallen ausgesprochen. Im übrigen halte es die Regierung für ihre Pflicht, die Wahlfreiheit ihrer Beamten und Angestellten zu schützen und zu wahren.

Abg. Gerd befragt über Gewährung von Zulagen an die Bahnhofs- und Kohlenarbeiter, wie solche den Bauarbeitern gewährt würden. Des weitern befragt Redner die Zuständigkeit des Gewerbegerichts in fruchtigen Fragen von Werkstättenarbeitern.

Minister v. Marschall betont, daß nach den Gesetzesbestimmungen Zulagen nur an technische Beamten zu gewähren seien, doch hoffe er, daß bei der Revision des Gehaltstarifs Disparitäten zu beseitigen seien.

Abg. Fröhlich bittet die Generaldirektion dafür zu sorgen, daß die badischen Lieferanten berichtigt würden, denn die Verwaltung der Eisenbahnmagazine hielten sich wenig oder gar nicht an die Vorschriften der Generaldirektion. Im Interesse der Rangierer wendet sich Redner gegen das Zweipennigsystem und befragt über die Einführung des amerikanischen Einpennigsystems.

Abg. Vogel erklärt, daß er sich nicht gegen die Verwendung von Damen im Eisenbahndienst ausgesprochen, sondern lediglich gegen die Verwendung im Schalterdienst. Auch hier könne er nur wieder die Anstellung eines Personalinspektors empfehlen. Weiterhin bemängelt Redner, daß man mit der Strafenlassung vielfach sehr rigoros vorgehe.

Generaldirektor Roth: Die Mehrzahl der Lieferungen unterläge der Genehmigung der Generaldirektion; im übrigen halte er es für den richtigen Weg, wenn die Beschwerdeführer unter genauer Angabe des Falles sich an die Generaldirektion wenden würden. Auch die deutschen Verwaltungen hätten Versuche mit dem Einpennigsystem gemacht, doch müsse man sehr vorsichtig sein.

Abg. Gergt betont, daß der technische Dienst bei Bauten immer auszuführen sei, einerlei wie lange Zeit er in Anspruch nehme; acht Stunden würden dabei aber immer überschritten werden. Der Aufhebung der Remunerationen werde aber auch niemand eine Träne nachweinen, wenn bei der Gehaltsrevision nach seiner Leistung der Beamte berücksichtigt werde.

Abg. Wildens hat gegen eine Verbesserung der Mannheimer Zuspätschiebung nicht einzuwenden, doch könne dies natürlich nicht auf Kosten Heidelbergs geschehen. Die Frage des Einpennigsystems sei eine beachtenswerte.

Abg. Geppert tritt für Freibrüdergewährung an Werkstättenarbeiter ein. Regierungseitig wird betont, daß eine solche nicht im Interesse der Verwaltung liege, da man die Werkstättenarbeiter jeberzeit bei der Hand haben müsse. Für den Ausfall hätten diese Arbeiter eine Lohnhöhung erhalten.

Nach längeren Ausführungen verschiedener Redner wird die Sitzung gegen 2 Uhr abgebrochen. — Nächste Sitzung 5 Uhr.

Aus Stadt und Land.

Mannheim 29. Juni.

• Neben das Alleinrecht zur Anfertigung von Apparaten zur Kontrolle der Reinhaltung des Luftzuführungsschlauches bei Bier-

preiffonen wird, so schreibt man uns in der Presse in den letzten Tagen ein Streit zweier hiesigen Firmen geführt. Nach bei dem Amte eingegangenen Erkundigungen entsprechen die Kontrollapparate beider Firmen dem vom Bezirksamte als zweckmäßig vorgeschriebenen Systeme und genügt keines der beiden Fabriate einen Vorzug vor dem anderen.

• Kanalksteuer. Der Stadtrat hat, wie ein hiesiges Blatt sagt, in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, den Satz der Kanalksteuer auf 1 Prozent des Mietwertes festzusetzen. Dem Württembergisch soll so bald wie möglich endgültig festgesetzte Statut zur definitiven Beschlußfassung vorgelegt werden. Man darf wohl die Erwartung aussprechen, daß dies noch vor der Sommerpause geschieht, damit die Angelegenheit, die schon so viel Wirksamkeit in Bürgerkreisen hervorgerufen hat, endgültig aus der öffentlichen Diskussion verabschiedet.

• Die Sonne ist der Ursprung alles Lebens auf Erden. Sie bietet uns vor allem einen reichen Schatz intensiver Wärme und wird darum vor allem auch denen Hilfe bringen, die an den Folgen von Erkältungen zu leiden haben, z. B. an Katarrhen oder an Rheumatismus. Beste Gelegenheit zur Inanspruchnahme dieser Heilkraft bietet das Luft-Sonnenbad hinter der Augustanlage am Wasserturm. Die Bestrahlung der Haut stellt die gestörte oder erschöpfte Hauttätigkeit wieder her. Die Durchblutung der Oberhautgefäße entlastet innere Organe von einseitigem Blutdruck und hebt denfalls Stauungen. Nicht nur das aufgespeicherte Sonnenlicht, das wir in Form von Speise in den Mund schieben, nährt uns, sondern auch jeder Lichtstrahl, der unsere Haut trifft; denn er versorgt unseren Körper mit Lebensenergie. Ist diese einmal verloren oder nicht mehr in genügender Menge vorhanden, dann trachtet man vergeblich darnach, durch strenge Diät und allerlei andere Mittel das Gleichgewicht wieder herzustellen. Darum sammelt durch die Sonne Lebensenergie, wenn sie zu haben ist, nehmt Sonnenbäder! Laßt Euch nicht abhalten durch die Ausrede: ich habe keine Zeit! Ist die Krankheit da, kann man sie nicht mehr für immer.

• Die Frankfurter Fischergiftungen. Der „Zeit. G.A.“ hat sich wegen der auffallendsten Fischergiftungen, die vor einigen Tagen in Frankfurt vorgekommen sind an eine Autorität auf diesem medizinischen Spezialgebiete gewandt, mit der Bitte, über den merkwürdigen Fall einige wissenschaftliche Ausführungen zu geben. Von dieser sachmännlichen Seite erhielt das Blatt daraufhin folgende interessante Mitteilungen: „Die hier vor zehn Tagen vorgekommenen Fischergiftungen hat in ihrer Entstehungsweise nichts mit den bekannten Fällen in Darmstadt und Mainz gemein. Sie gehört in die Klasse derjenigen Fleisch- und Fischergiftungen, die verhältnismäßig am häufigsten vorkommen und am gutartigsten verlaufen. Nach stürmischen, ruhrtartigen Erscheinungen mit Fieber tritt fast ausnahmslos in kurzer Zeit völlige Genesung wieder ein. Die Ursache ist nicht in einer Verderbnis des Fleisches zu sehen, die in einer mangelhaften Konservierung oder Behandlung ihren Grund hätte, was sich schon daran zeigt, daß ein Fleisch, das eine Fischergiftung dieser Art hervorruft, im allgemeinen weder überleben noch schmecklos ist. Es handelt sich vielmehr dabei um Tiere, welche zur Zeit der Schlachtung bereits krank waren, ohne daß das in jedem einzelnen Falle erkennbar zu sein braucht. Und zwar sind es die Bakterien einer bestimmten Gruppe, welche augenscheinlich vom Darm der Tiere aus aufgenommen werden und von dort aus in die Muskulatur, in das Fleisch übergehen, wo sie, zumal nach dem Tode der Tiere, sich fast vermehren können. Sie bilden dort gelegentlich Ektis, die bei kurzem Kochen nicht immer getötet werden. Wird das Fleisch solcher Tiere genügend lang gekocht, so sind die Bakterien selbst und ihre Gifte vernichtet, also unschädlich für den Menschen. Aber es ist bekannt, wie lange es dauert, bis größere Stücke von Fleisch auch im Innern die wirkliche Kochtemperatur annehmen, und es ist im höchsten Grade wahrscheinlich und wird noch durch besondere Versuche zu erweisen sein, daß bei der üblichen Weise, in der Fische gekocht werden, größere Stücke im Innern noch nicht die Temperatur zeigen, die zur Zerstörung der erwähnten Bakterien nötig ist. Die Bakterien dieser Gruppe sind erst in neuerer Zeit ausführlicher studiert worden; man weiß seitdem, daß die Erzeuger der Schweißpest, des Mäusepestes, mancher Bangenepidemien, mancher Kolikfieber etc. von Bakterien dieser Gruppe hervorgerufen werden und auch der Mensch ist für dieses Bakterium empfänglich, wenn auch nicht in sehr erheblichem Maße. Doch auch Fische für diese Krankheitserreger empfänglich sind, was bisher nicht bekannt, wird aber nunmehr natürlich Gegenstand des Studiums werden. Auffallend ist die Tatsache nicht, daß bekannt ist, daß z. B. Äuftern zu Lebensmittel dieser Art von Krankheitserregern werden können. Die Ursache dieser Art von Fischergiftungen ist nicht groß, da das Vorkommen selten und die Erscheinungen keine besonders schweren sind. Das grundsätzliche Kochen nicht zu großer Stücke ist ein sicheres Mittel zur Vermeidung; der Konsument aber, der nicht in der Lage ist, den Kochprozeß zu kontrollieren, denke daran, daß Mäßigkeit ein gutes Mittel auch gegen diese Erkrankung bildet. Denn es ist erwiesen, daß die aufgenommene Menge eines solchen Fleisches von wesentlicher Bedeutung für den Krankheitsverlauf ist. Und noch immer hat sich in solchen Fällen Unmöglichkeit, die ja an sich schon zur Lebensrettung und Stärkung der Verdauungsorgane führt, besonders gezeigt. Doch übrigens das Fleisch des Fisches und nicht etwa die Hauten, Sauce usw., oder aber andere Speisen an der Vergiftung schuld waren, ist durch die umfassenden und präzisen Erkundigungen des behandelnden Arztes erwiesen; die Teilnehmer der Wahlzeit möchten alles gegessen haben inklusive der Fleischstücke, sie blieben gesund, wogern sie den Fisch nicht gegessen hätten. Und andererseits wundert sie nicht weiter gehen zu haben, als den Fisch, um zu erkranken. Auch zwei Schweine, die zufällig mit den Fischen des Fisches gefüttert wurden, sind daran erkrankt. In Übereinstimmung mit den Ergebnissen der Recherchen stehen die bakteriologische Untersuchung, die in der bakteriologisch-hygienischen Abteilung des hiesigen Hof-Instituts für experimentelle Therapie ausgeführt wurde und die den sicheren Nachweis eben jener erwähnten Bakterien erbrachte. Dieselben Bakterien konnten auch bei Patienten nachgewiesen werden.“

• Wegen Vergeben gegen § 131 St.G.B. (Verächtlichmachung von Staatsurteilungen) ist, wie die „Volkszt.“ meldet, gegen ihren Lokalsekretär Emil Mayer von der Staatsanwaltschaft Verurteilung eingeleitet worden. Der infamisierte Artikel betitelt sich „Auf dem Jagenauer Sand“ und enthält scharfe Angriffe gegen die Militärverwaltung. Es ist schon l. Bt. aufgefunden, daß der Artikel der einzige blieb, trotzdem angeklagt worden war, daß ihm noch weitere folgen würden. Die „Volkszt.“ erwidert die Retorte, und Landwehrmännchen, welche die Art. Herabgemacht haben, um Meldung bekunfts event. Zeugnisabgabe, da die Sache vorandständig vor dem nächsten Schwurgericht verhandelt werden würde.

• Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich nach dem „N. N. Volkszt.“ gestern nachmittag in der Fabrik von Benz u. Co. Redarvorstadt in der Abteilung Schleiferei. Beim Polieren einer Platterstange wickelte sich das eine Ende um die Welle, während das andere Ende den Händen des mit dem Polieren beschäftigten Arbeiters Anton Feuerstein anhängte und ihm so auf den Kopf schlug, daß dadurch eine erhebliche Schädelverletzung hervorgerufen wurde. Der Verletzte, welcher bei seiner Schwere auf dem Heimhof wohnhaft ist, wurde sofort per Automobil ins Allg. Krankenhaus verbracht.

Aus dem Grossherzogtum.

o.c. Redargemünd, 21. Juni. Gestern und heute tagte dahier der 31. Verbandstag der unterbadischen Kreditgenossenschaften. Als Vertreter der Regierung wohnten Herr Oberamtmann Hedding-Helberberg und Geh. Reg.-Rat Dr. Cron, Direktor des Landesgewerksamts in Karlsruhe den Verhandlungen an. Die Verbandssammler Dr. Präger mittelste, hat der Allgemeine Verband der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften am 1. Januar 1906 einen Bestand von 2321 Genossenschaften mit circa 1/2 Millionen Mitgliedern ergeben. Der Verband unterbadischer Kreditgenossenschaften zählte am 1. Januar 1906 48 Vereine mit 45404 Mitgliedern. Die Summe der gegebenen Kredite betrug betrug 1905 212407851 M. gegen 201632797 M. im Jahre 1904. Es wurde ein Reingewinn von 1870084 M. (1288901 M.) erzielt.

□ Karlsruhe, 22. Juni. (Von unserem Karlsruher Buz.) Die Karlsruher Schützenvereine haben in einer außerordentlichen Generalversammlung beschlossen, zu Ehren des Jubiläums der groß. Herrschaften im September d. J. ein Schützenfest in der Zeit vom 9.—17. September abzuhalten, wozu alle Schützenvereine des deutschen Schützenbundes eingeladen werden sollen. An Ehrengaben für die Schützen sind M. 5000 bewilligt, für die allgemeinen Kosten des Festes M. 10000. Vom badischen Landesgewerksamtsverband ist bereits ein wertvoller Preis als Jubiläumsgabe in Aussicht gestellt worden; weitere Ehrengaben werden von Behörden Vereinen und Gönnern erwartet.

* Kleine Mitteilungen aus Baden. Der 54 Jahre alte Streckenarbeiter Christian Merkel von Wälderdingen wollte einem Juge ausweichen, wurde jedoch erfaßt, verfahren und gefoltert. Merkel hinterläßt 8 unmündige Kinder. — In Baden-Baden wurde in einem Kanal der Städtischen Kläranstalt die Leiche eines ungeborenen Kindes männlichen Geschlechts aufgefunden. — In Rothbach bei Sinsheim spielten die beiden Kinder des Müllers Holbermann im Bett mit einem Messer. Die Waffe entlief sich und das 6 Millimetergeschloß drang dem 13-jährigen Mädchen Margarethe in die Leber. Das Kind mußte in das Städtische Krankenhaus nach Heidelberg verbracht werden. — In Barmen führte der 60 Jahre alte verheiratete Landwirt Marbach beim Rechenbrechen vom Baume und erlitt schwere Verletzungen. — In Bielefeld ist der Landwirt M. Kauter auf dieselbe Weise schwer verunglückt.

Geriichtszeltung.

* Mannheim, 21. Juni. (Strafkammer III.) Vor: Herr Landgerichtsdirektor Bengler.

Das 20 Jahre alte Dienstmädchen Johanna Schmenger aus Pirmasens, eine hübschere Person, verlegt sich, statt zu arbeiten, auf den Postgeschwindel. Da mehrere Vorstrafen nicht gespart haben, so lautet das Urteil auf 6 Monate Gefängnis.

Der 40 Jahre alte Dienstknecht Anton Müller aus Schwenningen besuchte in der Nacht vom 12. zum 13. Mai heimlich die Knechtelkammer auf dem Schloß, wo er früher gedient hatte und deshalb lokalhaftig war. Verschiedene Kleingewerke im Werte von 18 Mark und 676 Mark bares Geld fielen ihm zur Beute. Urteil 1 Jahr 6 Monate Gefängnis u. 3 Jahre Ehrverlust.

Eine schwere Strafe trifft in vorgeändertem Alter den Zundersammler Rudw. Oswald aus Redarau. In ihm fanden vier Jungen einen Abnehmer und Erwanterer, welche in der Zeit vom Dezember vorigen Jahres bis Februar dieses Jahres 20000 Pfund Eisen in die Städtischen Kesselwerke und in eine Blei- und Zinn- und Weichen der Bahn außer gestohlen hatten. Obwohl Oswald bis jetzt noch nicht vorbestraft ist, erhält er wegen des unheilvollen Einflusses, welchen er auf die Jungen ausübte, 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus und verliert die Ehrenrechte auf 3 Jahre. Die von Rechtsanwält Ventil verteidigten Jungen erlassen je nach dem Grade ihrer Beteiligung 2 Tage bis 4 Wochen Gefängnis.

Die Witt. Wehe I Ehefrau in Sandhofen schiebt nach einem Prozeß, den ihr Mann gegen ihren Stiefsohn Jakob Jakob Brechm verloren hatte, an dessen Anwalt einen Brief, in dem sie diesen des Schwindels und des Meineids beschuldigt. Vom Schöffengericht wegen Verleumdung zu 30 M. Geldstrafe verurteilt, legte Frau Wehe Berufung ein, wird aber heute damit zurückgewiesen. Vert.: Rechtsanwält März. Vertreter des Klägers: Rechtsanwält März.

* Speyer, 20. Juni. Das hiesige Schöffengericht verurteilte 13 der freien Gewerkschaft angehörige Maurer wegen Hausfriedensbruchs zu je einer Woche Gefängnis. Sie hatten eine Versammlung der christlich organisierten Maurer durch tumultuarische Auftritte unmöglich gemacht.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Kaim-Theater. Auf vielfachen Wunsch aus dem Kreise der Besucher des Nibelungenfests wird Herr Konzertmeister Seyde das Mendelssohn'sche Violinkonzert, das er neulich im Kaim-Konzert mit so großem Erfolge gespielt hat, am nächsten Dienstag im Sommerkonzert wiederholen, dessen ganzes Programm unseren deutschen Romantikern gewidmet ist.

Geschäftsmitteilungen. Das wertvolle etwa 25—300000 Arten enthaltende Herbarium, das Professor Dr. F. Hegelmaier, Tübingen dem württembergischen Verein für Vaterländische Naturkunde vermacht hat, ist dem königlichen Naturhistorischen Museum in Stuttgart einverleibt worden. — Prof. Dr. Simon in Königsberg hat dem geologisch-mineralogischen Institut in Tübingen das Skelet eines großen Ichthyosaurus aus dem englischen oberen Jura zum Geschenk gemacht. Damit hat dieses Institut eine Gruppe der alten „Reptilien“, nämlich 3 große Ichthyosaurier, 1 Ophtholmosaurus, die Arctolite Stenocaurus und Pterodactylus, die in seiner anderen Sammlung angestrichen sind. — Der Professor der Chirurgie Ludwig Ebner-Graz ist an Verlesung gestorben. Er hatte sich noch vor kurzem einer Halsoperation unterzogen.

Das Ensemble des Kaiserlichen Theaters wird im November, wie ein Berliner Blatt erzählt, auf besonderen Wunsch des Kaisers ein Gastspiel im Berliner königlichen Schauspielhaus absolvieren.

Professor Dr. Ernst Raumann in Jena, der bekannte Musiker, gebürtig am 1. Oktober d. J. von seinen Lehrern als Direktor der akademischen Konzerte und als Organisator der Haupt- und Stadtkirche zurückzutreten. Professor Raumann, der als einer der allerersten Bach-Kenner in ganz Deutschland gilt, blüht auf ein langjähriges, erfolgreiches Wirken auf musikalischem Gebiete zurück.

Zum Mitglied der französischen Akademie als Nachfolger von Perraud ist der Kardinal Richieu ernannt worden.

Ein männliches Bildnis Botticellis, das in der bisherigen Literatur über den Meister nirgends erwähnt ist, erwarb jedoch Kommerzienrat Eduard Simon-Berlin aus russischem Besitz. Das dunkel gegen hellen Hintergrund gehaltene Portrait, das früher als Selbstbildnis Botticellis in der Sammlung des Fürsten Leuchtenberg und dann als Philippino Sippi galt, wäre in die Jugendperiode des Florentiner Meisters, gleichzeitig etwa mit dem Berliner Selbstbildnis, einzureihen. Das Bildnis wird in der Zeitschrift für bildende Kunst wiedergegeben und von Prof. Dr. Kuban eingehend gemeldet.

Eine bedeutungsvolle Erfindung ist nach der „Post“ dem 23-jährigen Lehrer Lutz in Ostrowo, Kreis Hohenstein, gegliedert.

nämlich die Dreiteilung des Winkels auf mechanischem Wege, eines Problems, dessen Lösung bis dahin noch nicht gelungen ist. Diese Teilung vollzieht der Erfinder mit Hilfe eines neu konstruierten Winkels, der an einem Fuß nach zwei mit Anten versehenen Seitenfüße hat. Mit diesem Winkel läßt sich nun jeder beliebige Winkel in drei Teile zerlegen. Den Winkel hat der Erfinder in Deutschland und noch in acht anderen Kulturstaaten patentieren lassen. Eine Fabrik hat für das Patent bereits 80 000 Mark.

Eine „Regentarte von Deutschland“. Im Berliner Meteorologischen Institut ist unter Leitung von G. Hellmann in fünfjähriger Arbeit ein großes Werk „Die Niederschläge in den norddeutschen Stromgebieten“ fertiggestellt worden, das in drei Bänden bei G. Reiner erschienen ist und von v. Bezold der Akademie der Wissenschaften vorgelegt wurde. Eine nach den Beobachtungen von 2000 Stationen auf den gleichzeitigen Zeitraum von zehn Jahren reduzierte Karte, die unter dem Titel „Regentarte von Deutschland“ auch getrennt erschienen ist, gibt ein anschauliches Bild der Niederschlagsverteilung in Deutschland.

Hofkapellmeister Dr. Muck ist tatsächlich für das Symbionikerchester in Boston unter den glänzendsten Bedingungen gewonnen. Er hat zunächst vom Kaiser ein Jahr Urlaub erhalten, wobei allerdings der Wunsch ausgesprochen wurde, daß er nach Ablauf des Jahres nach Berlin zurückkehren möchte, und zwar unter wesentlich besseren Bedingungen, als er sie jetzt hat. Da aber der Kontrakt von Herrn Dr. Muck mit der Berliner Oper ohnehin in einem Jahre abläuft, so ist es nicht ausgeschlossen, daß er doch in Boston bleiben wird, wo man ihm einen zehnjährigen Kontrakt unter geradezu unerhörten günstigen Bedingungen zugesichert hat.

Ein musikalischer Riesenatlas, der für die Musikgeschichte einen ungewöhnlichen Wert besitzen wird, steht der Veröffentlichung entgegen. Der Inhalt wird den gesamten Schatz an musikalischen Manuskripten umfassen, der im Britischen Museum zu London aufbewahrt ist. Das Werk wird in drei Bänden herausgegeben werden, von denen der erste, der ausschließlich der kirchlichen Vokalmusik gewidmet ist, eben seine Vollendung erfahren hat. Der 2. Band, dessen Fertigstellung innerhalb eines weiteren Jahres beendet sein wird, ist zur Aufnahme der weltlichen Vokalmusik bestimmt. Der 3. Band wird sich dann auf die Instrumentalmusik und auf Abhandlung über Musik beziehen, außerdem auch eine genaue Liste von musikalischen Instrumenten enthalten, so weit sie in Manuskripten des Museums beschrieben sind, ferner noch andere mehr vermehrte Gegenstände. Die Zusammenstellung des ganzen Katalogs besorgt einer der Beamten an der Manuskriptabteilung der Britischen Museen, Dr. Hagbes-Dugbes.

Arbeiterbewegungen.

* Pforzheim, 21. Juni. Im Gipfelstreik ist eine Wendung eingetreten. Von den in Frage kommenden 11 Firmen haben 4 die Dienste des Gewerkevereins als Einigungsamt in Anspruch genommen und sind zu einer Verständigung mit den streikenden Geschäften (etwa 70) gelangt. Die Arbeit wird am Montag wieder aufgenommen. Die Streikenden werden vermutlich alle von den 4 Firmen eingestellt, während die übrigen 7 Firmen sich anderweitig helfen und behelfen haben. Damit ist der Streik tatsächlich beendet.

* Oldenburg, 21. Juni. Die Steinseher, die sich seit vier Wochen im Auslande befanden, haben die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen. — Der Ausstand der Rauer dauert noch fort.

* Lübeck, 21. Juni. Der Ausstand der Pauschseher ist durch die Annahme des von den Arbeitgeber vorgelegten Lohnfortschritts beendet.

* Wien, 22. Juni. Gestern waren die Wiener Garnisonen konfigniert, da der Beginn des Massenschritts erwartet wurde. Der Streik dürfte lt. „Post. Bl.“ vom 29. Juni bis einschließlich 1. Juli stattfinden.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

* Karlsruhe, 21. Juni. Nach dem Gesandtschaftsbericht zur Abänderung des Gesetzes, die Ausführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs betr., vom 17. Juni 1899, erhält § 7 folgende zwei weitere Absätze: Mit landesherrlicher Bewilligung und Zustimmung aller Stämmoberherren oder ihrer gesetzlichen Vertreter kann jedoch das ganze Stammgut oder können einzelne reale Teile desselben sowohl dem Grundstod nach als auch beschränkt auf den Ertrag von dem oder den jeweiligen, im Grundbuch eingetragenen Stammherren mit Hypotheken, Grund- und Rentenschulden wie Liegenschaften des freien Verkehrs belastet werden. — Der Nachweis der landesherrlichen Bewilligung und der Zustimmung der Stämmoberherren wird dem Grundbuchamt und Dritten gegenüber durch eine Bescheinigung des Justizministeriums geführt.

* Karlsruhe, 21. Juni. Am kommenden Samstag wird das Elementarunterrichtsgelehr noch einmal die zweite badische Kommer beschließen. Es ist wohl kaum daran zu zweifeln, daß auf Grund des Beschlusses der Schulkommission die Vorlage in der fassung der Ersten Kammer angenommen wird.

* Nürnberg, 21. Juni. Die Hauptversammlung des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten ist heute durch den Vorsitzenden, das Herrenhausmitglied Scheinrat Duzg. Düsseldorf eröffnet worden und wirt zahlreichen Besuch auf. Der Vorsitzende besprach die gegenwärtige Lage des deutschen Maschinenbaus. Dr. Ing. Schöbber erstattete den Geschäftsbericht und dann folgte ein Vortrag des Oberingenieurs Barth vom bayerischen Gewerbemuseum über die Maschinenindustrie auf der dritten bayerischen Landesausstellung in Nürnberg.

* Dresden, 22. Juni. Der deutsche Landwirtschaftsminister trat zu einer zweitägigen Sitzung zusammen. Minister Graf von Hohenhausen hieß den Landwirtschaftsminister im Namen der Regierung herzlich willkommen. Später folgten die Herren einer Einladung zur Königsstafel nach dem Residenzschloß.

* Rudolstadt, 22. Juni. Das Schwurgericht verurteilte den 23-jährigen Maurer Winkler wegen Ermordung der hochbetagten Eheleute Hannemann in Gondorf zum Tode.

* Hamburg, 22. Juni. Der Zoologe und Protistenforscher Fritz Schaudinn ist gestorben.

* Fern, 22. Juni. Der Bundesrat hat beschlossen, den Wunsch Spaniens auf Erneuerung des provisorischen Handelsabkommens auf Grund des neuen spanischen Tarifes abzulehnen, da dieser als unannehmbar für die Erneuerung des Protokolls, sowie für den definitiven Beschluß angesehen werden müsse. Das gegenwärtige Handelsprotokoll läuft am 30. Juni ab.

* Paris, 22. Juni. Das radikale politische Komitee im Parlament hat, das Clemenceau im Senat vertritt, beschloß, dem Minister des Innern zur Erinnerung an seine gegen Laube gerichtete Rede einen Kaufgegenstand zu widmen. — Der Verkehr von Bignoles in demselben Departement sprach dagegen dem Minister Clemenceau seine Mißbilligung gegen die Rede aus.

* Brüssel, 21. Juni. Der König soll plötzlich entschieden haben, die verschiedenen Palastbauten, die im Gange sind, wegen zu großer Ueberschreitung der ursprünglich vorgesehenen Kosten einzustellen. Hauptächlich kommen lt. „Post. Bl.“ in Betracht die Bauten in Laeken und Tervuren. Es soll sich um fehlende 20 Millionen Fr. handeln.

* London, 22. Juni. Wie der „Standard“ meldet, führt die im Lager von Aldershot befindliche schwere Artilleriebrigade eine Ausrüstung an Geschützen mit sich, die schwerer sind als alle Geschütze, die je zuvor bei der Feldartillerie zur Verwendung gelangten. Die Ausrüstung besteht aus drei Batterien von je vier fünfzölligen Schussjähren Schnellfeuergeschützen, deren jedes ein Gewicht von 5 1/2 Tonnen und eine Schussweite von 8 1/2 Meilen hat.

* Voba, 22. Juni. Der gestrige Ausstand galt als Erinnerung an den Tag des vorjährigen Futbades. Auf dem Friedhöfen wurden flammende Nebel gehalten. Heute wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Nur 3 Fabriken stehen still.

* Batu, 22. Juni. Auf den Nachbawerken in West-Java und Sabahani ist ein Teil der Arbeiter aufständisch.

* Madrid, 21. Juni. Der Minister des Inneren Herzog von Almodovar liegt im Sterben. (Siehe Ausland! S. 10.)

* Newyork, 21. Juni. Der Präsident der Columbia-Universität, Dr. Nicholas Butler, ist heute nach Deutschland abgereist. Wie die Blätter melden, werde er mit dem Kaiser über einen weiteren Professoren-Austausch beraten.

Zur Fahrkartenszene.

* Karlsruhe, 21. Juni. Fahrkartenszeneverträge werden, wie jetzt bekannt gegeben wird, für nicht vollständig benützte Fahrkarten nicht zurückbezahlt. Wer seine Fahrkarten nicht ganz gebraucht, insbesondere eine Rückfahrkarte nicht zur Rückfahrt verwendet, hat auch dann, wenn er das Fahrgeld zum entsprechenden Teile erstattet erhält, keinen Anspruch auf irgendwelche Vergütung des gezahlten Steuerbetrages. Dieser wird erhoben für die Ausfertigung der Fahrkarte, d. h. der Urkunde, in der sich die Eisenbahn vertragmäßig zur Beförderung einer Person gegen Zahlung eines bestimmten Betrages verpflichtet, und es ist gleichgültig, ob dieser Betrag späterhin eine Abänderung erfährt. Nur dann, wenn eine Fahrkarte, die noch nicht durchlocht ist oder nachweislich nur zum Betreten des Bahnsteigs benutzt wurde, zurückgegeben wird, soll auch der volle Steuerbetrag erstattet werden, da in diesem Falle die Ausfertigung der Urkunde als rückgängig gemacht gilt.

Die Kieler Woche.

* Kiel, 22. Juni. Mrs. Longworth-Roosevelt trifft morgen Vormittag mit ihrem Gatten in Kiel ein. An der heutigen Wettfahrt auf der Kieler Förde, die um 10 Uhr begann, nahm auch der Kaiser auf seiner Yacht „Meteor“ teil. Der Kaiser hatte auf seine Yacht geladen: den Prinzen Albrecht, die Admirale von Usedom, Graf Daudissin, von Ahlefeld, Hiesel, ferner den Hofmarschall Freiherrn von Sedendorf, Generaldirektor Balkin usw.

Königsförmung in Norwegen.

* Dronheim, 22. Juni. Die Krönung des Königs und der Königin von Norwegen hat heute vormittag hier in der Domkirche mit großer Feierlichkeit stattgefunden.

Aus England.

* Petersburg, 22. Juni. In der Meldung des Blattes „Dwab Wel“ über die Währung im Reg. Volkshov in Rjasan berichtet die Petersb. T. A. eine die Meldung des „Dwab Wel“ richtigstellende Darstellung. Nach dieser gaben die Soldaten des 4. Bataillons in der Nacht zum 19. ds. Schüsse in die Luft ab. Der Regimentskommandeur kam hinzu und die Soldaten trugen ihm eine Reihe von Beschwerden hauptsächlich wirtschaftlicher Natur vor. Es gelang dem Kommandeur, die Leute zu beruhigen. Aufseherungen haben nicht stattgefunden. Gestört wurde niemand.

* Petersburg, 21. Juni. (Reichsbüro.) Nach Wiedereröffnung der Sitzung herrschte im Hause vollkommene Ruhe. Die Beratungen der Interpellationen an die Minister wurde auf morgen vertagt. Das Haus beriet dann einen von 93 Abgeordneten eingebrachten Gesandtschaftsbericht, welcher die Abschaffung jedes Privatigentums verlangt. Ein Antrag, den Entwurf der Agrarkommission zu überweisen, wurde abgelehnt. Die Abstimmung bedeutet eine Niederlage für die Arbeiterpartei.

* Petersburg, 22. Juni. Der aus Bjelostok zurückgekehrte Deputierte Schischaplin behauptet, die dortige Judenbege sei von Polizeibeamten organisiert. Das Signal zur Depe sei die Explosion vielschicht einer Betarbe, keinesfalls die einer Bombe gewesen. Der Gouverneur habe die vollste Untätigkeit an den Tag gelegt. Sobald die überfallenen Juden zum Selbstschutz feierten, hätten die Truppen auf sie geschossen, weil sie Revolutionäre seien. — Die Blätter melden aus Moskau, die Mannschaften der dortigen Garnison hielten in den letzten Tagen Versammlungen ab und sprachen sich für die Beobachtung einer korrekten Haltung aus, solange die Regierung die Duma nicht auflöse oder sonstige Reformmaßnahmen ergreife. — Die Zeitung „Duma“ berichtet aus Krasnojarsk: In dem dortigen Schützenregiment brachen infolge der Verhaftung eines Soldaten, der den betrunkenen Oberst durch einen Schlag auf den Kopf verwundete, Unruhen aus. Ein Stabskapitän wurde getötet.

* Berlin, 22. Juni. Der Hilfsverein der deutschen Juden erhielt von seinem Reichspräsidenten in Bjelostok folgendes Telegramm: Die Kreise der Duma-Kommission hat neue Befürchtungen erweckt. Namentlich ist man für den kommenden Sonntag sehr besorgt. In der Sitzung des Untersuchungskomitees wurde der Schaden auf ungefähr 1 Million Rubel geschätzt. Die Geschädigten sind zu 90 Prozent keine Schwerbetreibende und Krämer. Die Zahl von 100 Toten und 200 Verwundeten bestätigt sich bisher. — Nach einem Telegramm, das der Hilfsverein der deutschen Juden aus Gera zu erhalten hat, ist nunmehr festgesetzt worden, daß der in Kuba als Pope verkleidete Propagator Pulver, Revolver und Proklamationen bei sich hatte, mit der Aufforderung „Schlagt die Juden tot“.

Vermischtes.

— Aus Rache wegen angeblich zu hoher Preise für Lebensmittel hatten neulich zwei Damen aus Dresden, Mutter und Tochter, in Bad Eifel einen Ueberfall erdichtet, um das Bad in Verruf zu bringen. Beide Frauen, die für den Aufgebau eine Freistelle vom Ministerium des Innern erhalten hätten, mußten die Stadt sofort verlassen und haben außerdem noch eine gerichtliche Bestrafung zu erwarten.

— Vom Vizepräsidenten wurden, wie aus Lublinj gemeldet wird, bei dem letzten schweren Gewitter, das sich über die Gemeinde Groß-Lagowit entladen hatte, der frühere Gemeindevorsteher Kampa und dessen achtzehnjährige Tochter, Frau Kampa erlitten Verwundungen an den Hüften. Die Familie stand am Fenster und sah dem Unwetter zu, als plötzlich ein sog. kalter Blitzstrahl in das Haus einschlug.

Volkswirtschaft.

Die preussisch-hessische Eisenbahn-Gemeinschaft vereinnahmte im Mai M. 148 082 000 oder M. 18 057 000 mehr als im gleichen Vorjahrsmonat...

Süddeutsche Lederwerke, St. Ingbert. Die Verwaltung teilt mit, daß bei wesentlich erhöhtem Umsatz gegenüber dem Vorjahr...

Die Stadt Wölkand hat den Besitzern der 4proz. Anleihe von 1901 die Konversion in eine 3 1/2proz. vorgeschlagen...

Die 3 1/2proz. Anleihe des Kantons Basel (Stadt) von 10 Mill. Franken ist vollständig gezeichnet worden.

Die Kommandit-Gesellschaft Pulverfabrik Luxemburg, Louis Godchaux u. Co., die mit den Kdn-Rottweiler Pulverfabriken...

Vierpreiserhöhung. Die Verhandlungen der Berliner Anzeiger sind nunmehr definitiv dahin zum Abschluss gelangt...

Konsumveranschlagung. Im Monat Mai 1906 wurden über Bremen 1762 (Mai 1905: 1820), über Danburg 561 (760)...

Erste Berliner Kautionsgesellschaft. Das abgelaufene Jahr brachte laut Geschäftsbericht ein befriedigendes Ergebnis...

Die Ermäßigung des Diskonts der Bank von England, die in den letzten Tagen noch zweifelhaft erschien, ist nunmehr erfolgt...

Wlatus. Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen (Herausgeber: Georg Verward). Inhalt vom 26. Heft...

Berliner Effektenbörse.

(Privattelegramm des General-Anzeigers.) Berlin, 22. Juni. (Fondsbörse.) Unter dem Druck der gestrigen Notizzeit in Newyork blieb die gute Haltung...

zen widerstandsfähiger und waren nur zum Teil 1/4-1/2 pCt. gegen gestern abweichend. Ruffenbank auf Petersburg behauptet...

Table with columns for various securities and their prices, including 'Berlin, 22. Juni. (Schlusskurse.)' and 'W. Berlin, 22. Juni. (Telegr.) Nachbörse.'

Pariser Börse.

Table with columns for Paris market data, including 'Paris, 22. Juni. Anfangskurse.'

Londoner Effektenbörse.

Table with columns for London market data, including 'London, 22. Juni. (Telegr.)' and 'Anfangskurse der Effektenbörse.'

Berliner Produktenbörse.

Table with columns for Berlin market data, including 'Berlin, 22. Juni. (Produktenbörse.)' and 'Berlin, 22. Juni. (Telegramm.) (Produktenbörse.)'

Table with columns for Budapest market data, including 'Budapest, 22. Juni. (Telegramm.) Getreidemarkt.'

Mannheimer Effektenbörse.

vom 22. Juni. (Offizieller Bericht.)

An der heutigen Börse erfolgten Umsätze in Spar- und Kreditbank, Landau-Aktien zu 140 pCt., Württemberg-Aktien zu 90 pCt...

Table with columns for Mannheim market data, including 'Bausubjekte', 'Städte-Anleihen', and 'Industrie-Obligationen'.

Table with columns for various bank and industrial securities, including 'Banksen.', 'Eisenbahnen.', and 'Chem. Industrie.'

Table with columns for various bank and industrial securities, including 'Banksen.', 'Eisenbahnen.', and 'Chem. Industrie.'

Franfurter Effektenbörse.

(Privattelegramm des General-Anzeigers.) Frankfurt, 22. Juni. (Fondsbörse.) Im Anschluß an die schwächere Haltung der Newyorker Börse, besonders auf den Rückgang der Baltimore and Ohio und Pennsylvania-Bahn...

Table with columns for Frankfurt market data, including 'Schluss-Kurse', 'Reichsbank-Diskont', and 'Staatspapiere'.

Table with exchange rates for various locations including London, Paris, and Hamburg.

Table listing industrial shares (Aktien industrieller Unternehmen) such as Bad. Anilin- und Soda-Fabrik.

Table listing mining shares (Bergwerks-Aktien) including companies like Bochumer and Hibernia.

Table listing shares of shipping and transport companies (Aktien deutscher und ausländischer Transport-Anstalten).

Table listing various bonds and securities (Pfandbriefe, Prioritäts-Obligationen).

Table listing bank and insurance shares (Bank- und Versicherungs-Aktien) including Deutsche Bank and Allianz.

Frankfurt a. M., 22. Juni. Kreditaktien 200.00 Staatsbahn 145.80 Lombarden 34.60...

Der Majoratsherr.

In der Witzschsitzung wurden die Behauptungen des Angeklagten v. Zander geprüft, die sich darauf bezogen, daß sein Mitangeklagter Lütlich in der...

Landrat v. Frey, der im Auftrage der Untersuchungsbehörde über Lütlich amtliche Auskunft eingeholt hat, stellte diesem Angeklagten ein rechtliches Zeugnis aus.

keine Kenntnis gehabt habe, er halte alle solche Sachen für Plunder. Frau v. Zander: Sie habe die Juwelen usw. für ihren eigenen Bedarf bestellt.

Pfalz, Hessen und Umgegend.

* Frankfurt, 21. Juni. Die vereinigten hessischen Kantonsräte richteten eine Eingabe an die hessischen Behörden wegen Erbauung einer Engros-Markthalle.

Verantwortlich: für Politik, Kunst, Feuilleton und Vermischtes: Fritz Kayser, für Lokales, Provinziales und Gerichtszeitung: Richard Schönfelder...

Advertisement for 'Akademie Friedberg' featuring a logo and text about technical education.

Advertisement for 'Das kleine Kursbuch' by Dr. H. Haas, published by Druckerei.

Seide Damast-Seide Crystall-Seide Crêpe de Chine-Seide u. Braut-Damast u. Brocat u. Moire u. Eolienne

Hier zeigen u. Roben in allen Preislagen, sowie auch das Neuere in schwarzer, weißer u. farbiger Seide...

Advertisement for 'Ankauf' (purchase) of Reichs-Adress-Buch and 'Verkauf' (sale) of Fensterrahmen.

Large advertisement for 'Max Adler' featuring a testimonial from a man who died after a long illness, dated June 22, 1906.

Advertisement for 'Lehrlingsgesuche' (apprentice search) and 'Bureau' (office) positions.

Wannheim monatlich
Erlegerlohn 10 Pfennig.
Durch die Post bezogen incl. Post-
aufschlag M. 1.91 pro Quartal.

Mannheimer Journal

Die Kolonelle... 30 Pf.
Kochwürdige... 25
Die Weltanschauung... 60

Telephon: Redaktion Nr. 377.

Amis- und Kreisverkuendigungsblatt.

Expedition Nr. 218.

Nr. 101.

Freitag, den 22. Juni 1906.

116. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Nr. 2580.

Die Aushebung der Militaerpflichtigen betr.

I. Zur oeffentlichen Kenntniss:

Die diesjaehrige Aushebung der Militaerpflichtigen des Aushebungsbezirks Mannheim findet vom 15. bis 27. Juni d. J., jeweils vormittags 1/2 8 Uhr beginnend, im Saale der Restauration „Zur Kaiserhaette“, Seidenheimerstr. 11a dahier, statt.

Es haben zu erscheinen, die beim diesjaehrigen Musterungsgefaehrten:

- a. fuir untauglich Erklaerten,
- b. zum Landsturm Vorgefchlagenen,
- c. zur Ersatzreserve Vorgefchlagenen,
- d. fuir tauglich Befundenen,
- e. die von den Truppenteilen abgewiesenen einjaehrigenfreiwilligen, ferner

2. diejenigen Militaerpflichtigen, welche sich zur diesjaehrigen Vormusterung nicht gestellt haben.

Der Tag, an welchem die einzelnen Militaerpflichtigen zu erscheinen haben, wird denselben durch Ladung persoenlich bekannt gegeben werden.

Die Verhinderung der Reklamationsgesuche durch die verfaehrte Oebersichtskommission findet jeweils an dem Tage statt, an welchem ueber die koerperliche Brauchbarkeit des in Frage stehenden Militaerpflichtigen entschieden wird.

Es haben daher an diesem Tage die Eltern des Reklamierten spaetestens vormittags 1/10 Uhr im Aushebungslokal zu erscheinen.

In denjenigen Faellen, in welchen zufolge der Koedebung mehrere Waelder gleichzeitig in den Militaerdienst gelangen, bzw. im Militaerdienst stehen wuerden, kann die Buertuechtigung des juengeren spaetestens 3 Tage vor dem Aushebungstermin beantragt werden.

Die Militaerpflichtigen haben praenuntial jeweils 7 1/2 Uhr vormittags in reinem und naechsternem Zustande im Aushebungslokal zu erscheinen und ihre Militaerpapiere (Lohnungs- bzw. Berechtigungscheine) mitzubringen.

Die ohne genaue Angabe der Aushebenden werden gemass § 26 B. 7 W.-O. an Geld bis zu 50 Mark oder Haft bis zu 8 Tagen bestraft, auch koennen ihnen die Vorteile der Befreiung entzogen und sie als „vorwaeg Einquellende“ behandelt werden.

Wer sich der Befreiung bedient, erzieht, wird als unfaehiger Dienstpflichtiger behandelt, er kann ausserterminlich gemustert und sofort bei einem Truppenteil eingesetzt werden.

Die durch Krankheit an Erhaltenen Befreienden haben ein arztliches Zeugnis einzureichen; dasselbe ist, sofern der ausstellende Arzt nicht Staatsarzt ist, bueargeruechtlich beglaubigen zu lassen.

Mannheim, den 20. Mai 1906.

Der Zivilvorsitzende der Ersatzkommission des Aushebungsbezirks Mannheim:
Genl. v. Eppelsheimer. 8208

Kochschule

fuer Frauen und Maedchen.

Der naechste Unterrichtskursus an unserer Kochschule beginnt am

Montag, den 2. Juli l. J.

Anmeldungen hierzu werden bis einschliesslich Mittwoch, den 27. Juni l. J. — ausgenommen Sonn- und Feiertage — von Vormittags 8 Uhr bis Abends 8 Uhr bei Herrn Schuldirektor Weidinger im Schulhaus B 2, sowie bei Frau Kochlehrerin Kuhn, Str. A 8 Nr. 6, 4. Stock, welche auch mit der Erhebung des Unterrichtsgeldes, das zum Voraus zu entrichten ist und 2 Mk. betraegt, beauftragt sind, entgegen genommen.

Mannheim, den 23. Mai 1906.

Das Komitee.

Verheehendes bringen wir hierdurch zur oeffentlichen Kenntniss.

Mannheim, den 23. Mai 1906.

Buergermeisteramt.

Zigarettenfabrik-Verkauf.

Theodor A. Reul haet in Badenbuerg lassen koedichtreimungs-
baldier ihr am Marktplat in Badenbuerg gelegenes industriell
Zigarettenfabrik-Grundstueck, 583 qm Flaechen mit Waerleistung und
betriebl. Bld. versehen, unter sehr guenstigen Bedingungen am:

Mittwoch, den 27. Juni 1906, vormittags 10 1/2 Uhr

im Rathaus in Badenbuerg

praenuntial zu verkuennen.

Das Anwesen besteht in:

- a) einem schoenen 3stuelligen Wohnhaus mit 21 Zimmern und
gesundem Keller,
- b) einem 3stuelligen Seitenbau, Magazin, Maschinenraum fuer
Tabak- und Zigarettenfabrik, Bierbrauerei,
- c) ein großes Lagerhaende mit Magazin und Zigarettenfabrik
fuer ca. 60 Arbeiter.

Das Anwesen ist auch zu jedem anderen Betrieb geeignet.

Die Verhandlungen werden sowohl imgeheim als auch oeffentlich
abgehalten; im letzteren Falle das Wohnhaus mit Nebenaueen und
Saun das Fabrikgebäude mit Nebenaueen.

Nur ganzoerliche Ankaeufer erforderlich. 5319

Mayer & Hausser

Telephon 2213 MANNHEIM N 4, 19/20

Goldleisten, Spiegel und Rahmenfabrik

mit elektrischem Kraftbetrieb.

Leistungsfuehigstes Spezialgeschaeft

fuer moderne Einrahmungen und

Vergolderel. 64864

Beste Bornguanoelle fuer Wiederverkaeufer in

Fenstergalerien, Photographie-Rahmen,

Bilderleisten, Spiegeln und Spiegelglas.

Eigentuemer: Katholisches Buergerbueroual. — Gesamtvorsitzer: Redakteur: Franz Fischer. — Druck und Vertrieb: Dr. G. Hansche Buchverleger & M. B. G.

Bekanntmachung.

Nr. 20476 I. Die Koemische

fabrik, Lindenhof, C. Wehl & Co.,

K. O. hier beabsichtigt die Ver-

kaeuung des Karchlaurenbetriebs

von der Fabrik Balobol in ein-

zelwaese zu uebernehmen und koedue

in der Fabrik Einbaue.

Die Koemische hier zur oeffent-

lichen Kenntniss mit der Auf-

forderung, etwaige Einwendungen

bei dem Bezirksaemte oder dem

Stadtrate hier binnen 14 Tagen

von Ablauf des Tages an vor-

zubringen, an welchem das die-

se Bekanntmachung enthalten-

de Amtsverkuendigungsblatt aus-

gegeben wurde, waerueber die die-

se nicht auf praenuntialen Titel

beruendenden Einwendungen als

verkuent gelten.

Die Koedebungen und Plaene

liegen waerueber der Koemische-

keit auf den Kassen des Bezir-

ksaemts, Nummer 23 und des

Stadtrats hier zur Einsicht offen.

Mannheim, 21. Juni 1906.

Groehbuerger. Bezirksaemt:

Leuning. 8240

Bekanntmachung.

Die Jagd auf Ge-

wuerkung „Woeheim

betr.

Wir bringen hiermit zur oeffent-

lichen Kenntniss, dass dem Bad

von Feudenheim als Jagdgebiet

unter Koemische Koedebung

bestellt wurde. 8250

Mannheim, 15. Juni 1906.

Groehbuerger. Bezirksaemt:

Eppelsheimer. 8250

Konkursverfahren.

Nr. 6108. Ueber das Vermoegen

des Karol. und Schreibwaren-

huelers Carl Wobli in Mann-

heim, P. 6, 22/24 wurde heute

vormittags 10 1/2 Uhr das Konkurs-

verfahren eroffnet.

Zum Konkursverwalter ist er-

nannt: Rechtsaemter August

Freitag in Mannheim.

Konkursforderungen sind bis

zum 14. Juli 1906 bei dem Ge-

richte anzumelden.

Insolvent wurde zur Koedebung

angewiesen, dass die Koedebung

einzelnen Glaeubigeran-

forderungen und untereinander

faehig ist die in § 122 der Konkurs-

ordnung bestimmeten Gegen-

staende, sowie zur Koedebung der

angewiesenen Koedebungen auf

Sonntags, 21. Juli 1906,

vormittags 11 Uhr

vor dem Gr. A. Richter, Nr. 111,

U. Str. 111, Nummer 111,

Termin anzuersuchen.

Allen Personen, welche eine

zur Koedebung gehoerige Sache

in Besitz haben oder zur Koedebung

etwas schuldig sind,

wird angeordnet, waerueber an den

Wochenendtag zu verhandeln

oder zu leisten, auch die Koedebung

auszuweisen, von dem

Wochentag der Koedebung und von dem

Wochentag, die Koedebung ist aus

der Koedebung abzugeben; Koedebung

in Anspruch nehmen, dem

Konkursverwalter bis zum 14.

Juli 1906 Anzeige zu machen.

Mannheim, 21. Juni 1906.

Der Gerichtsschreiber

Gr. Amtsgericht Nr. III

R. d. 8241

Bekanntmachung.

Die amtliche Be-

kehrkonferenz fuer den

Amisbezirk Mann-

heim betr.

Nr. 1628. Die Ortschul-

behoerden werden angewiesen,

den Herrschern zu eroffnen,

dass wir dieselben zur amt-

lichen Bekehrkonferenz ein-

laden. Diese wird fuer den

Amisbezirk

Donnerstag, 28. Juni d. J.

in der Turnhalle des Volk-

schulgebuetes K 5 hier statt-

finden und um 2 Uhr nach-

mittags beginnen.

Mannheim, 18. Juni 1906.

Gr. Kreisschulvisitator:

Engel. 64877

Groeh. Bad. Staats-

bahnen.

Verdingung.

Die Koedebung einer Wasser-

leitung in der Wehlaenstra-

ße im Gemarkungsgebiet Mann-

heim soll im Wege oeffent-

lichen Koedebung vergeben werden.

Bedingungen, Lageplan, sowie

Angebotsformulare liegen aus-

weisend im Bureau, Nummer Nr. 16,

zur Einsichtnahme auf

Angebotsformulare werden

gegen Vorkauf und befristete

Verkaeuung von 50 Pfennig ab-

gegeben. 64958

Angebote sind verschlossen und

mit entsprechender Aufschrift ver-

sehen bis zum Koedebungstermin

am 30. Juni d. J., vor-

mittags 11 Uhr, bei mir ein-

zureichen.

Mannheim, 18. Juni 1906.

Bahnbaupfeiler.

Groeh. Badische Staats-

bahnen.

Im Rhein-Wald-Anschlags-

traef mit Oeffentlichkeit wird mit

Wirksamkeit am 1. Juli 1906 im

Kaufvertrag Nr. 1, Serie I

die Koedebung „Wald-
Wald“ abzugeben auf

„Wald“ (auch „Wald-
Wald“). 64957

Kaufvertrag, 20. Juni 1906.

Groeh. Generaldirektion.

Zwangsvorversteigerung.

Nr. 8791. Im Wege der

Zwangsvorversteigerung soll das in

Mannheim gelegene, im Grund-

buch von Mannheim zur Zeit

der Koedebung des Versteigerungs-

vermerkes auf den Namen

des Karl Wimmer, Wehlaen-

straee, naechstehend beschriebene

Grundstueck am

Donnerstag, 28. Juni 1906,

vormittags 9 1/2 Uhr,

durch das unterzeichnete Notariat

in dessen Dienstsaunen in Mann-

heim Nr. 4, 3 versteigert werden.

Der Koedebungsvermerk ist

am 21. Maerz 1906 in das Grund-

buch eingetragen worden.

Die Einsicht der Koedebungen

des Grundbuchs, sowie der

uebrigen des Grundbuchs betref-

fend Koedebungen, insbesondere

der Koedebungsurkunde, ist je-

dermann gestattet.

Es ergeht die Aufforderung,

Rechte, soweit sie zur Zeit der

Koedebung des Koedebungsver-

merkes aus dem Grundbuch

nicht erkaennlich waren, spaet-

estens im Koedebungstermin vor

der Koedebung zur Abgabe

von Koedebungen anzumelden, wenn

Zwangsvorversteigerung.

Nr. 8844. Im Wege der

Zwangsvorversteigerung soll das in

Feudenheim gelegene, im Grund-

buch von Feudenheim zur Zeit

der Koedebung des Koedebungsver-

merkes auf den Namen

des Kaiser-eller Heizeg Kraft

Heizeg in Feudenheim ein-

getragen, naechstehend beschriebene

Grundstueck am

Donnerstag, den 28. Juni 1906,

vormittags 9 Uhr,

durch das unterzeichnete Notariat

im Rathaus in Feudenheim

versteigert werden.

Der Koedebungsvermerk ist

am 27. Maerz 1906 in das Grund-

buch eingetragen worden.

Die Einsicht der Koedebungen

des Grundbuchs, sowie der

uebrigen des Grundbuchs betref-

fend Koedebungen, insbesondere

der Koedebungsurkunde, ist je-

dermann gestattet.

Es ergeht die Aufforderung,

Rechte, soweit sie zur Zeit der

Koedebung des Koedebungsver-

merkes aus dem Grundbuch

nicht erkaennlich waren, spaet-

estens im Koedebungstermin vor

der Koedebung zur Abgabe

von Koedebungen anzumelden, wenn

der Glaeubiger widerrechtlich

glaubhaft zu machen, waerueber

falls er bei der Koedebung des

geringsten Gebots nicht befrucht-

lichtet und bei der Koedebung

des Koedebungsvermerkes dem

Koedebungsbescheid die Einsicht

des Grundbuchs und den uebrigen

Rechten nachgefordert werden.

Diejenigen, welche ein der Koedebung

entgegenstehendes Recht

haben, werden aufgefordert, vor

der Koedebung des Koedebungs-

bescheides die Einsicht des Grund-

